

GENERALREDEN

ÖVP

Gemeinderat Dipl.-Ing. Georg T O P F

Die Zukunft gehört der Stadt Graz, die Stadt Graz hat Zukunft.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Mitarbeiter des Magistrates, werte Medienvertreter! Begleiten Sie mich nun in den nächsten 20 Minuten auf dem Weg zu einem neuen Stadtentwicklungskonzept, begleiten Sie mich auf den Prozessweg, wie wir uns in Zukunft gemeinsam die Stadt Graz vorstellen. Selbstverständlich gilt es zu Beginn, das 3.0 STEK – Stadtentwicklungskonzept zu evaluieren. Selbstverständlich gibt es in der Zwischenzeit, immerhin sind es zehn Jahre seit dem letzten Konzept, auch neue rechtliche Rahmenbedingungen. Selbstverständlich ist dieses Stadtentwicklungskonzept als Modell auf drei Säulen aufgebaut, und auf diese drei Säulen möchte ich Sie jetzt hinführen.

Auf der einen Seite haben wir die Entwicklungsplanung, das ist ein Prozess, der kommunikativ abläuft, wo Schwerpunkte gesetzt werden, der permanent läuft, der offen auch mit den Inhalten gehalten wird. Ich darf Beispiele nennen, das sind Projekte aus „Zeit für Graz“, Stadtteilentwicklungen, Bezirksleitbilder usw., es ist also ein variabler Prozess mit großer öffentlicher Beteiligung. Die eine Säule, die zweite Säule ist die Ordnungsplanung, mit der wir uns auch immer wieder schwertun, sage ich ganz offen, es wird hier auf dem Verordnungswege hoheitlich flächendeckend mit fixen Terminen und Inhalten gearbeitet. Es gibt das Stadtentwicklungskonzept mit dem Verordnungsteil, mit dem Entwicklungsplan, mit dem Flächenwidmungsplan, mit den Bebauungsplänen, hier ist Fachwissen, hier ist der Gemeinderat gefordert, hier sind Expertinnen und Experten gefordert. Dazwischen eingebettet zwischen den beiden Säulen ist die dritte Säule, die verbindend wirken soll. Das sind die Grundsätze, auf die ich später noch einmal eingehen möchte. Das sind allseits anerkannte Prinzipien, und die Klärung von Einzelfragen ist eher allgemein gehalten, müssen politisch beschlossen und außer Streit gestellt sein.

Wichtig sind auch die Planungsgrundlagen für das neue Stadtentwicklungskonzept, das ist das geographische Informationssystem der Stadt Graz, das sind selbstverständlich die neuen Bevölkerungsdaten und ganz wichtig, heute schon erwähnt, die Lebensqualitätsindikatoren. Ich verweise hier auf die Studie Oktober 2008 bis Juli 2009 mit der Präsentation im Oktober dieses Jahres, wo Bevölkerung und Raum, wenn ich das so sagen darf, verknüpft werden. Hier werden subjektive Erfahrungen und Stimmungen sowie emotionale Betroffenheit eingebunden.

Selbstverständlich gibt es auch in diesem Prozess sehr viele Planungsinteressen, die eingebracht wurden. Ich verweise nur auf die Interessen zum Flächenwidmungsplan, der in Zukunft von uns ausgearbeitet werden muss. Hier gibt es aktuell 665 Wünsche der Bürgerinnen und Bürger, 391 Baulandwünsche und davon, und das muss hier auch gesagt werden, 92 % im Grüngürtel. Selbstverständlich gibt es auch Planungsinteressen aus der Planungswerkstatt „Zeit für Graz“ oder aus der nachfolgenden Initiativegruppe, die ich hier besonders erwähnen möchte, „Mehr Zeit für Graz“, hier wird in Arbeitsgruppen einschließlich einer Steuerungsgruppe zu den Themen „Wir sind die Stadt“, Grünstadt, Miteinander, Verkehr werden hier kritische Fragen gestellt, auch Fragen, was das Budget betrifft. Nun kurz zur Gliederung des Stadtentwicklungskonzeptes, so wie wir es künftig haben werden. Das ist einerseits die Kurzfassung und neu, und darauf möchte ich besonders hinweisen, ist der Entwicklungsplan in einem Maßstab 1:10.000, der das althergebrachte und gewohnte Siedlungsleitbild ablösen wird. Er wird verordnet, hier werden alle Planungsinteressen, die eingebracht werden, behandelt, der Entwicklungsplan, und das ist entscheidend, legt künftig Entwicklungen durch planmäßige Vorsorge und enthält weitgehend das räumlich funktionelle Gefüge. Er macht Spielräume für Veränderungen sichtbar, soll Zukunftsoptionen offenhalten und bildet die wesentlichste Entscheidungsgrundlage für den 4.0 Flächenwidmungsplan. Es gibt einen Erläuterungsbericht dazu und einen Umweltbericht.

Die Sachbereiche, die diesem Erläuterungsbericht angeschlossen sind und die bearbeitet werden müssen, sehr intensiv bearbeitet werden müssen, sind folgende:
Erstens: Regionalentwicklung und internationale Beziehungen. Hier gibt es drei Ebenen, die erste Ebene ist der europäische Kontext. Stärken und Chancen verglichen, hohe Wettbewerbsfähigkeit der Stadt Graz, hochwertige Infrastrukturen, menschenfreundliche Maßstäblichkeit und sogenannte, „weiche“ Standortpotentiale.

Aber auch Schwächen und Risiken, relativ schlechte Erreichbarkeitsverhältnisse derzeit noch und die Verschiebung der Zielgebietskulisse der EU-Förderungspolitik zugunsten der neuen Beitrittsländer. Ein politischer Leitsatz, den ich hier formulieren möchte, Graz engagiert sich in Europa und nutzt die Chance der EU-Erweiterung (*Applaus ÖVP*). Nun komme ich zur zweiten Ebene, das ist die nationale und überregionale Ebene, auch hier wieder Stärken und Chancen, die zentralörtliche Funktion als Landeshauptstadt, Wachstum der Ballungsräume, Graz ist der wirtschaftliche Motor der Steiermark, aber auch Universitäts- und FH-Standort. Die Schwächen und Risiken: auch hier wieder die Erreichbarkeitssituation und klimatisch ungünstige Beckenlage sei hier auch erwähnt. Hier der politische Leitsatz aus meiner Sicht: Graz baut seine Position als überregionales Zentrum verstärkt aus.

Auf regionaler Ebene, das ist die dritte Ebene, auch hier wieder die Stärken und Chancen, ein paar Stichworte: überdurchschnittliches Dienstleistungs- und Kulturangebot, Regionalmanagement Graz und Graz-Umgebung mit dem Bezirk Voitsberg, die Programme Regionext, Elektromobilität Steiermark, Urban Plus 2007-2013, Regionales Verkehrskonzept, Naherholungsinitiativen usw. Schwächen und Risiken: Wir haben mit einem sehr hohen motorisierten Individualverkehr durch den Pendlerverkehr zu rechnen und es gibt leider nach wie vor einen unproduktiven Standortwettbewerb zwischen Kernstadt und Umland. Der dritte politische Leitsatz zu diesem Thema: Graz stellt den Dialog mit den Umlandgemeinden auf eine verbindliche Basis.

Nun zu den Sachbereichen, die noch zu bearbeiten sind: Naturraum und Umwelt, die Stichworte sind hierbei Topografie und Landschaftsraum, der Grüngürtel, Gewässer, Sachprogramm Grazer Bäche sei hier erwähnt, aber auch ganz wichtig für unsere Situation in Graz: Klima, Lärm und Luft. Die Stichworte hierbei: Die Stadtklimaanalyse neu, der Maßnahmenkatalog zur Feinstaubproblematik, mögliche Umweltzonen, großes Fragezeichen, die EU-Umgebungslärmrichtlinien, mit denen wir uns in Zukunft zu beschäftigen haben. Schutzgebiete, soziales Grün, das grüne Netz, die Freiflächenausstattung, die sehr wichtig ist und auch nicht zu vergessen, die Mehrfachnutzungen von Freiflächen. Die Baulanddurchgrünung und die Stadtvegetation, hier das Stichwort: Die Evaluierung der freiraumplanerischen Standards.

Kurz gestreift der nächste Sachbereich Siedlungsraum und Bevölkerung. Hier kommen wir zur BürgerInnenbeteiligung, zur Integration als Querschnittsmaterie, Wohnen allgemein, Wohnbauförderung usw.

Nun zur Wirtschaft: Die Herausforderungen, die uns in Zukunft ins Haus stehen, wenn ich das so sagen darf, der Standortwettbewerb wird sich deutlich verschärfen, überregionale Konkurrenz wird stärker, höhere Energie- und Mobilitätskosten verschaffen der Stadt auch in finanzielle Hinsicht deutliche Vorteile. Standorte mit kurzen Wegen und gutem öffentlichen Verkehr werden nachgefragt werden, Standortrecycling in guten, zentralen Lagen, Kommunikation, Integration, Lebensqualität, Kultur und Sicherheit werden immer wichtiger (*Applaus ÖVP*).

Ich darf auch die Stärken hier erwähnen, 2/3 der hochqualifizierten Arbeitsplätze der Steiermark sind in Graz konzentriert. Universitäten, Fachhochschulen, Forschungs- und Entwicklungszentren sind breit verankert, Graz, und darauf dürfen wir stolz sein, verfügt über einen relativ hohen Industriebesatz mit starken Leitbetrieben und wettbewerbsfähiger Technologiebasis, Graz ist räumlicher Fokus von gesamtsteirischen Stärkefeldern, Automobilcluster, Human-, Energie- und Umwelttechnologien, auch hier die Stichworte: Creative Industries, City of Design, Creative Academy. Der Tourismus steuert wichtige Komplementärfunktionen bei, Altstadt, Kongress, Messe, Kultur und Business sei hier erwähnt. Graz ist nach wie vor eine attraktive Einkaufsstadt mit überregionaler Positionierung. In Zukunft wichtig wird Kundenbeziehungs- und Kundenbindungsmanagement sein. Selbstverständlich ist auch die Jugendbeschäftigung ein Schwerpunkt für die Zukunft.

Nun kurz zur technischen Infrastruktur unserer Stadt: Hier sind die Themen Verkehr und Mobilität mit den Stichworten Graz – eine Stadt der kurzen Wege, Graz – eine Stadt mit ausgewogener Verkehrsmittelaufteilung, Graz – eine Stadt mit sozial- und umweltverträglicher Verkehrsabwicklung, Graz – eine Stadt der bürgerInnennahen Verkehrsplanung mit BürgerInnenbeteiligung.

Energie, die Stichworte: Österreichs Kyoto-Verpflichtungen in Verbindung mit den jetzt diskutierten Kopenhagen-Vereinbarungen, Energiestrategie Steiermark 2025 und ganz besonders wichtig für die Stadt Graz das Kommunale Energiekonzept Graz 2020. Ein Teil, der im letzten Stadtentwicklungskonzept nicht behandelt wurde, der neu aufgenommen wurde, ist die Kommunikationsinfrastruktur.

Nun in aller Kürze zu den sieben Grundsätzen, die ich schon vorher erwähnt habe, der Stadtentwicklung.

Graz versteht sich als Motor der regionalen Entwicklung. Graz teilt mit seinen Umlandgemeinden das Interesse an einer nachhaltigen Entwicklung des gemeinsamen Lebensraumes. Eine Aufgabenteilung mit dem Ziel des größtmöglichen Nutzens für möglichst viele steht über kurzfristigem Konkurrenzdenken. Darüber hinaus gehende Kooperationen werden verstärkt angestrebt. Die Bildungs- und Universitätsstadt Graz ermöglicht den Menschen qualitativ hochwertige Aus- und Weiterbildung in der Region und stärkt somit sowohl den Wohn- als auch den Wirtschaftsstandort Graz/Graz-Umgebung.

Darüber hinaus bilden die Lebensqualität der Kernstadt ihre kulturelle Vielfalt und Urbanität sowie der attraktive gemeinsame Naherholungsraum der Stadt und des Umlandes als sogenannte „weiche“ Standortfaktoren die Grundlage einer positiven Entwicklung der gesamten Region (*Applaus ÖVP*).

Als zweiter Grundsatz, Graz stellt ein ausgewogenes Gesamtsystem dar. Der Erhalt beziehungsweise die Herstellung eines Gleichgewichts in sozialer, ökonomischer und ökologischer Hinsicht liegt im öffentlichen Interesse. Im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung steht das langfristige Gemeinwohl über kurzfristigen Einzelinteressen.

In der Zusammenschau unterschiedlicher Teilbereiche erfolgt eine Interessensabwägung. So ist beispielsweise der Ausbau des öffentlichen Verkehrs bedeutsamer als dadurch entstehende kleinräumige Beeinträchtigungen.

Vielfalt an sich wird als Bereicherung gesehen. Daher finden schützenswerte Minderheitsinteressen angemessene Berücksichtigung. Die Menschenrechtsstadt Graz bekennt sich unter anderem zu einer aktiven Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sowie zu einer Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigungen (*Applaus ÖVP*). Als Vorreiterin im Bereich Gender Mainstreaming integriert die Stadt Graz sensibel sowohl Geschlechter- als auch Generationenfragen in sämtliche Vorgangsweisen.

Graz bekennt sich zu einer integrierten Stadtentwicklung als dritten Grundsatz. Stadtentwicklung ist kein reines Thema der Raumplanung mehr, vielmehr betrifft sie als fachübergreifende Querschnittsmaterie alle Lebensbereiche. Stadtentwicklung wird nachhaltig betrieben, und im Interesse der nachfolgenden Generationen werden

sämtliche Entwicklungen im langfristigen Zusammenhang beurteilt. Politik, Verwaltung und Bürgerschaft anerkennen einander als ExpertInnen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich. Entwicklungen sowohl durch Vorgaben in der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung als auch durch positive Vorbildwirkung stadteigener Bauvorhaben werden der sparsame Umgang mit Energie sowie die Nutzung von erneuerbaren Energien aktiv forciert (*Applaus ÖVP*). Die unterschiedlichen Interessensgruppen respektieren einander und bemühen sich in partnerschaftlicher Zusammenarbeit um gemeinsame Lösungen. Als Multiplikatoren vor Ort werden politische BezirksvertreterInnen in Entscheidungsprozesse miteinbezogen. Das Fachwissen der Verwaltung wird im Sinne des öffentlichen Interesses eingesetzt.

Vierter Grundsatz: Graz bietet attraktive Lebensbedingungen im gesamten Stadtgebiet. Die Vielfalt an unterschiedlich geprägten Stadtteilen bereichert die Stadt. Gemeinsam ist ihnen ein Mindestmaß an infrastruktureller Ausstattung, an Urbanität und Durchgrünung. Entsprechend den Zielen des Grünen Netzes Graz durchziehen grüne Adern die Stadt und ermöglichen in allen Vierteln das Erreichen von nutzbaren Freiräumen auf kurzem Wege. Die soziale Infrastruktur beziehungsweise die infrastrukturelle Ausstattung vor Ort erlaubt ein „Leben im Grätzel“ und verringert den Zeitverbrauch alltäglicher Wege für alle. Gegenläufig zu gesellschaftlichen (Spaltungs-)Tendenzen erhält Graz somit die Lebensqualität im gesamten Stadtgebiet, vermeidet benachteiligende Ghettobildungen und ermöglicht künftige Entwicklungen.

Fünftens: Graz bekennt sich zu einem qualitätsvollen Wachstum. Primär wird ein Wachstum in infrastrukturell gut versorgten Gebieten angestrebt. Innenentwicklungen, wie Stadterneuerungen und Nachverdichtungen in bebauten Gebieten oder Flächenrecycling, wie die Umnutzung von ehemaligen Kasernengeländen oder innerstädtischen Gewerbearealen, werden unter Berücksichtigung der Umgebung grundsätzlich einer Ausdehnung des Baulandes vorgezogen (*Applaus ÖVP*). Steigende Bevölkerungszahlen fordern die Schaffung von neuem Wohnraum auch als soziale Aufgabe und erleichtern die Abdeckung von sozial-infrastrukturellen Bedürfnissen. Nicht kompensierbarer Qualitätsverlust

definiert die Grenzen des Wachstums. Der sensible Umgang mit konkreten Situationen vor Ort ermöglicht Wachstum als Chance für nachhaltige Entwicklungen.

Graz bietet Urbanität und Vielfalt als sechster Grundsatz. Die Grazer Altstadt als Teil des UNESCO-Weltkulturerbes ist ein lebendiger Ort der Begegnung und Identifikation. Dadurch wird die Weiterentwicklung, Förderung der Baukultur gewahrt, werden die räumliche und gestalterische Qualität gewahrt und auf sämtliche Stadtteile ausgedehnt. Dem dichten Stadtgebiet steht eine unzersiedelte Landschaft als Erholungsraum gegenüber. Die Attraktivität der Stadtlandschaft ergibt sich gerade aus diesem Gegensatz. Städtische Dichte legt den Grundstein für das Neben- und Miteinander von unterschiedlichen Nutzungen und Nutzergruppen, reduziert die täglichen Weglängen und begründet Nachbarschaften. Durch die attraktive Gestaltung des öffentlichen Raumes und der Grünflächen wird die Stadt zum Lebensraum und ermöglicht Kommunikation. Traditionell werden gesellschaftliche Entwicklungen durch die Auseinandersetzung mit dem Verschiedenartigen vorangetrieben. Die Menschenrechtsstadt Graz ist stolz auf seine kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt und nutzt sie als Katalysator für künftige Entwicklungen.

Der letzte Grundsatz, den ich Ihnen noch vorbringen möchte und darf, Graz erhält sich seinen Handlungsspielraum, und hier schließe ich zum Budget über. Der Kontinuität der Planung steht die Notwendigkeit zu raschem und flexiblem Agieren gegenüber. Um aktuelle Entwicklungen für Graz nutzen zu können, werden Entscheidungsoptionen auch über einen längeren Planungshorizont hinweg offen gehalten. Grundsätzlich vereinbarte Zielrichtungen und im Vorfeld akkordierte Beurteilungskriterien verkürzen die fachliche und politische, aber auch die finanzielle Abstimmung im Anlassfall, nach außen kommuniziert bieten sie Transparenz und erhalten die Handlungsfähigkeit. Die finanzielle Umsetzung der definierten Ziele benötigt eine breite Kooperation. Bei der Erfüllung ihrer besonderen Aufgaben sind Bund und Land aufgerufen.

Ich schließe mit einem Danke an die Stadtregierung, an der Spitze unserem Bürgermeister als zuständigen Stadtsenatsreferenten für die Stadtentwicklung, an alle GemeinderätInnen, insbesondere aber auch an die RaumordnungssprecherInnen, an die Stadtplanung mit der engagierten

Projektgruppe STEK und Flächenwidmungsplan 4.0, an die beteiligten Magistratsabteilungen, an die externen ExpertInnen, an die Initiativgruppen und lade alle zur weiteren, konstruktiven Mitarbeit am Stadtentwicklungskonzept ein.

Aus meiner Sicht wird das vorgelegte Budget 2010 diesen vorgenannten Grundsätzen mehr als gerecht. Die Zukunft gehört unserer Stadt, unsere Stadt Graz hat Zukunft. Dankeschön (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, ich danke dir nicht nur für die Rede, sondern auch für die Vorführung, wie unser System punktgenau zu handeln ist. Ich darf vielleicht auch noch eine Anmerkung machen. Unser Stadtmuseum hat in Graz viele Bilder aufgehängt, Wirklichkeiten - Graz um 1900 heißt die Ausstellung, an mehreren Plätzen von Graz werden Bilder gezeigt, wie es in etwa vor 100 Jahren war. Der Grazer Gemeinderatssaal, der hier abgebildet ist aus dem Jahre 1915 anlässlich einer Wollsammlung, zeigt, dass vor etwas mehr als 90 Jahren ebenso in Graz debattiert wurde, wie man Sozialleistungen noch verbessern könnte. Bei einem Budget von 950 Millionen Euro hat sich Gott sei Dank sehr viel in diesen knapp 100 Jahren auch ergeben. Sie werden aber in manchen Räumen von Graz solche Bilder finden, ich wollte es nur einmal anmerken, damit auch alle wissen, was dieses Bildnis da auf sich hat.

SPÖ

Gemeinderätin Waltraud H A A S - W I P P E L

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Kolleginnen und Kollegen der Magistratsabteilungen, liebe Gäste auf der Galerie, herzlich willkommen!

Politik darf nicht ökonomisiert werden - sondern die Ökonomie muss verantwortungsvoll in politisches Handeln integriert werden.

Unter dieser Prämisse muss das Budget 2010 alle, denen das Schicksal der Grazerinnen und Grazer wichtig ist, sehr nachdenklich stimmen.

Denn wir alle wissen:

Mit unseren Budgetentscheidungen definieren wir unsere Werthaltungen, unsere politischen Positionen und Ideologien, legen wir gleichsam ein Zeugnis ab über unser Gesellschafts- und Menschenbild.

Budgets geben Auskunft über die - nach meinem Dafürhalten - wesentlichen Fragestellungen nach Aufgabe, Bedeutung und Verantwortlichkeiten von Politik.

Da stellen sich folgende Fragen:

Geht es uns um das größtmögliche Allgemeinwohl oder um Klientelpolitik?

Haben wir den sozialen Ausgleich im Sinn oder schreiben wir mit den Budgetzahlen bestehende Ungerechtigkeiten fort?

Geht es uns um den raschen, oberflächlichen, plakativen und stimmenmaximierenden Erfolg oder nehmen wir Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung wahr?

Bemühen wir uns um eine Synthese zwischen den berechtigten Anliegen einer verantwortungsbewussten Wirtschaft und den notwendigen Antworten auf die zunehmende Bedrängnis der ArbeitnehmerInnen (*Applaus SPÖ*)?

Orientieren wir uns an den grundlegenden Bedürfnissen von Menschen?

Kümmern wir uns um effiziente Maßnahmen gegen die Umweltgefahr?

Wie ernst nehmen wir die Forderung nach der Demokratisierung von Entscheidungsprozessen?

Machen wir es uns einfach und sagen: Die politische Mehrheit hat immer Recht oder geht es uns um den seriösen, breiten politischen Diskurs (*Applaus SPÖ*)?

Bemühen wir uns in der Darstellung der Politik um Wahrhaftigkeit?

Vor diesem Hintergrund wollen wir auch „Graz neu ordnen“ bewerten - zunächst zur letzten Frage, der Frage um Wahrhaftigkeit:

Wir finden nicht, dass Schwarz-Grün sich in der Darstellung ihrer vorgegebenen Reformziele und Umstrukturierungen bei „Graz neu ordnen“ um Wahrhaftigkeit bemüht (*Applaus SPÖ*).

Sie behaupten, die Einsparungseffekte würden durch die Zusammenlegung erzielt, weil dann Synergien besser genützt werden. Die konkreten Fakten und die konkreten Zahlen bleiben Sie aber schuldig.

Wenn zum Beispiel bei der Senkung der Energiekosten ein 20-%iges Einsparungspotenzial angeführt wird, wenn also von 9 Millionen Euro 1,8 Millionen eingespart werden sollen, dann ist im Sinne einer Glaubwürdigkeit und eines korrekten Projektmanagements die Frage nach dem Wie nicht nur erlaubt, sondern ein Muss. Denn ohne ein Konzept, ohne nachvollziehbare Berechnungsgrundlagen und ohne Angabe von konkreten Maßnahmen für Optimierungspotenziale ist dies eine höchst unprofessionelle Vorgangsweise (*Applaus SPÖ*).

Meine Damen und Herren von Schwarz-Grün, ich kann mich daher nicht des Verdachts erwehren, dass es Ihnen um ganz anderes geht:

Ganz nach dem Motto: Privat ist besser als Stadt, wollen Sie gut funktionierende städtische Betriebe mit hoch motivierten MitarbeiterInnen privatrechtlich organisieren. Sie reden von größerem politischen Einfluss, was ja in Ordnung wäre, hätte man nicht ständig - vor allem mangels transparenter Einbeziehung der Opposition - den Eindruck, Sie meinen damit den parteipolitischen Einfluss der Regierungsparteien ohne demokratische Kontrolle des gewählten politischen Organs, des Gemeinderates (*Applaus SPÖ*).

Ganz unverblümt erklären Sie, Sie wollen 700 MitarbeiterInnen einsparen, Sie machen gar keinen Hehl daraus, die neuen dienstrechtlichen Möglichkeiten der GmbH dafür zu nützen, Menschen in Zukunft für die gleiche Leistung schlechter zu bezahlen.

Nun, ich höre schon, wie Sie gleich sagen werden, da geht es ohnehin nur um Neueinstellungen. Wissen Sie, wie sich das in den Ohren aller Magistratsbediensteten anhört? „Eure Leistung ist eigentlich viel weniger wert, als ihr bis jetzt dafür entgolten bekommt.“ Das ist Ihre zentrale Botschaft an die Mitarbeiterinnen (*Applaus SPÖ*)!

Ausdruck einer motivierenden Unternehmenskultur im Sinne eines Change-Managements ist eine solche Botschaft für die MitarbeiterInnen auf keinen Fall. Im Gegenteil! Die MitarbeiterInnen erwarten sich etwas gänzlich anderes - und sie haben sich auch anderes verdient!

- Sie erwarten sich Transparenz statt Botschaften über die Medien,
- sie erwarten sich Wertschätzung statt Miesmacherei,
- sie erwarten sich Anerkennung ihrer Arbeit statt Angstmacherei,
- sie erwarten sich „Mehr Sein als Design“ statt „Design ist alles“!

Das sind auch die Erwartungen, die wir SozialdemokratInnen haben: Wertschöpfung durch Wertschätzung (*Applaus SPÖ*). In diesem Sinne ist es auch der Personalvertretung und der Gewerkschaft durch großes Verhandlungsgeschick gelungen, einen Erfolg für ihre Bedienstete zu sichern.

Denn wenn Sie, Herr Bürgermeister und Frau Vizebürgermeisterin, auch noch so oft betonen, Ihre Reform sei keine Privatisierung - wer glaubt Ihnen denn das noch?

Fakt ist: Ausgliederungen sind meist die Vorstufe zu Verkäufen und zu Privatisierungen.

Im Sinne der von mir angesprochenen Wahrhaftigkeit sollten Sie es einfach zugeben: Sie haben den Ausverkauf der städtischen Leistungen längst eingeläutet. Daher sollten Sie sich auch nicht wundern, wenn bei vielen Menschen dieser Stadt die Alarmglocken läuten. Es läuten auch dann die Alarmglocken, wenn jährlich das gesamte Corporate Identity neu gestaltet werden muss, noch dazu mit entsprechenden Mehrkosten für Logos an den Unternehmensstandorten und an den Fahrzeugen, neuer Dienstkleidung, neues Werbematerial, Briefpapier etc. - allein die Kosten für die Logo-Änderung sollen sich auf 3 Millionen Euro belaufen.

Und diese Zeche müssen die GrazerInnen durch Abgaben- und Gebührenerhöhung bezahlen.

Daher erkennen immer mehr Menschen: Privat ist nicht besser als Staat (*Applaus SPÖ*).

Wenn das so wäre, gäbe es weltweit keine staatlichen Bankenpakete, wenn das so wäre, würden die öffentlichen Pflegeheime nicht kostengünstiger und mit höherer Qualität arbeiten als private Anbieter, wie dies alle aktuellen Studien - die KDZ-Studie und auch der Prüfbericht des Stadtrechnungshofes zum Tarifmodell der Pflegeheime - belegen. Gewinne, die bei öffentlichen Anbietern in die Qualität, sprich Pflegepersonal, investiert werden, fließen bei privaten Anbietern in die eigene Tasche.

Privatisierung der Daseinsvorsorge erhöht die Kosten für die Bürgerinnen und Bürger und verschlechtert und reduziert das Leistungsangebot (*Applaus SPÖ*).

Der Privatisierungswahn unterhöhlt das Solidaritätsprinzip überall dort, wo das sozial- und dienstleistungsorientierte Angebot nur noch als Produkt oder Ware gesehen wird - darüber kann auch das noch so durchgestylte schwarz-grüne Hochglanzpapier von „Graz neu ordnen“ bestenfalls nur für kurze Zeit hinwegtäuschen.

Denn wenn die Daseinsvorsorge und die Dienstleistungen mehr und mehr der öffentlichen Hand entzogen werden, dann hört der Staat auf, Garant für den sozialen Zusammenhalt zu sein (*Applaus SPÖ*).

Es braucht die regulierende Hand des Staates, es braucht eine soziale, eine menschliche, eine gerechte Politik, und die Grazerinnen und Grazer haben ein Anrecht auf eine „starke“ Stadt, auf die sie sich verlassen können, die ihre Aufgaben wahrnimmt und die ihnen Sicherheit bietet (*Applaus SPÖ*).

Deshalb ist uns die Daseinsvorsorge der Grazer Bevölkerung wichtiger als das vielleicht zu erwartende schnelle Geld, mit dem Budgetlöcher gestopft werden sollen, wobei nicht einmal das gesichert ist.

Daher, um auf die von mir eingangs formulierten Grundsatzfragen nach dem Wesen von Politik zurückzukommen, halte ich fest:

- ✚ Die Umstrukturierung von „Graz neu ordnen“ wird nicht das größtmögliche Allgemeinwohl fördern.
- ✚ Sie schreibt soziale Ungleichheiten nicht nur fort, sondern fördert sie.
- ✚ Sie ist plakativ und auf den raschen Applaus aus.
- ✚ Sie orientiert sich nicht an den grundlegenden Bedürfnissen von Menschen.
- ✚ Sie ist nicht im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung.
- ✚ Die Entscheidungsprozesse sind intransparent und daher nicht demokratiefördernd.
- ✚ Und - die politische Mehrheit hat nicht immer Recht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Politik erfordert Wertschätzung und Respekt gegenüber den Menschen. Respekt, den wir in allen Aussagen vermissen, die sich gegen den Sozialstaat richten.

Darüber hinaus erliegen die notorischen Sozialstaat-KritikerInnen einem eklatanten Irrtum, wenn sie meinen, der Sozialstaat nütze nur den Schwachen. Ganz im Gegenteil: Österreich ist ja nicht zufällig das siebentreichste Land der Welt.

In einer sozialen Demokratie werden individuelle Risiken über Umlagen minimiert, von der sozialen und kulturellen Infrastruktur profitieren auch die Wohlhabenden, die sich im sozialen Ausgleich und im sozialen Zusammenhalt nicht hinter hohen Mauern zu verschanzen brauchen, wie das in anderen Ländern der Fall ist.

Der öffentliche Reichtum an kommunalen und nationalen Einrichtungen, die vernünftige Verteilung der Lebensrisiken Krankheit und Alter - das sind keine Wohltaten, das ist kein Schutzgeld - sondern es sichert uns allen den sozialen Frieden (*Applaus SPÖ*). Seit Jahrzehnten hören wir gebetsmühlenartig von Neoliberalen, wir könnten uns die Sozialausgaben nicht mehr leisten. Ein Blick auf die Sozialausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts zeigt ein deutlich anderes Bild: Seit 2004 ist die Sozialquote rückläufig - gestiegen sind einzig die Vermögens- und Gewinneinkommen (Statistik Austria).

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei genauerer Betrachtung des vorliegenden Budgets kann man dem Eingeständnis von Finanzstadtrat Gerhard Rüscher, der das

Untergangsbild der Titanic offensichtlich ganz bewusst wählte, doch etwas abgewinnen: 1,1 Milliarden Euro Schulden - zurückgehende Einnahmen, steigende Ausgaben. Es sind zwar zaghafte Ansätze im Budget erkennbar, aber diese reichen nicht aus oder gehen in die falsche Richtung.

Daher ist eine unserer Forderungen: Herr Bürgermeister Nagl und Herr Finanzstadtrat Rüschi sollen mit Finanzlandesrat Buchmann und Finanzminister Pröll im Verhandlungswege eine Sonderfinanzierung für urbane Investitionen sicherstellen (*Applaus SPÖ*). Dies wurde auch vom Stadtrechnungshofdirektor im Zusammenhang mit den Bankenpaketen gefordert. Weiters sind Investitionen in die Sozialwirtschaft erforderlich, denn diese kommen bei den Menschen in Graz an - seien es Investitionen im Sozial- und Gesundheitsbereich oder im Bildungsbereich. Die Reduzierung der Offensive für den Kinderbetreuungsbereich von 12 Millionen auf 8 Millionen und die Streichung der Hälfte der Schulausbau-Offensive - das ist der falsche Weg (*Applaus SPÖ*).

Und hier gerät die schwarz-grüne Glaubwürdigkeit gehörig ins Wanken. Damit wir nicht falsch verstanden werden: Wir sind uns der schwierigen Finanzsituation durchaus bewusst und gerade deshalb sehen wir viele bisherige und künftig geplante Ausgaben mit großer Skepsis. Wenn Investitionen in Bauten und Prestigeprojekte, wenn sündteure Radwege gebaut oder eine Granitpflasterung in der Herrngasse durchgeführt werden, dann sind diese Ausgaben sicher für die Wirtschaft generell und auch für die ArbeitnehmerInnen wichtig - doch kritisch beleuchtet sehen wir: Hier profitiert nicht nur die Grazer Wirtschaft, sondern es sind sehr oft Firmen aus den Umlandgemeinden, die hier zum Zug kommen.

Oder die Ausgaben für Stift Rein in der Höhe von 250.000 Euro: Stift Rein ist ein Kulturschatz, keine Frage - aber in der angespannten Budgetsituation der Stadt Graz - wird da nicht an den Menschen und ihren Bedürfnissen „vorbeibudgetiert“ (*Applaus SPÖ*)?

Aus unserer Sicht, aus der Sicht der sozialdemokratischen Fraktion, müssen wichtige und dringende Investitionen für die Menschen in Graz getätigt werden, muss es um soziale Ökonomie in und für Graz gehen, muss die lokale Wirtschaft und ihr Multiplikatoreffekt und der soziale Zusammenhalt gefördert werden (*Applaus SPÖ*).

Sehr geehrte Damen und Herren! Das Jahr 2010 wird das europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Auch wir in Graz stehen vor gewaltigen neuen sozialen Fragen - die Schere zwischen Arm und Reich, zwischen Krank und Gesund, zwischen Alt und Jung - diese Schere geht immer weiter auseinander. Über 33.000 Grazerinnen und Grazer sind von Armut bedroht, rund 18.000 Menschen leben in manifester Armut. Diese Menschen brauchen eine soziale Politik auf kommunaler Ebene, eine Politik mit gemeinsamen Anstrengungen und Handlungsanleitungen. Eine Herausforderung, die sich nicht nur an das Sozialressort richtet, sondern als Querschnittsverantwortung durch alle Politikfelder zieht. Und ich finde, wir alle sollten die Bemühungen unserer Stadträtin Elke Edlinger über alle Parteigrenzen hinweg unterstützen, die einen Maßnahmenkatalog im „Grazer Aktionsprogramm gegen Armut“ ausgearbeitet hat, denn Graz braucht ein soziales Netz und die Beibehaltung sozialer Standards - trotz oder gerade wegen des Budgetsparkurses (*Applaus SPÖ*).

Kompetentes, erfolgreiches und aktives Altern - jede, jeder möchte das. Die Solidarität der Generationen ist ein Schlüssel zur Bewältigung des demografischen Wandels. Wir brauchen eine Kultur des Alterns. Wir brauchen eine Kultur, die die Potenziale der Älteren würdigt, wir brauchen ein positives Alter(n)sbild, das das Erfahrungswissen und die Empathie schätzt - nach dem Motto: Die Jüngeren laufen zwar schneller, aber die Älteren kennen die Abkürzung (*Applaus SPÖ*).

Und wir brauchen Mut, uns den Herausforderungen zu stellen. Vor allem sollten wir endlich aufhören, das Älterwerden der Menschen ausschließlich nach ökonomischen Gesichtspunkten zu diskutieren. Wir müssen jetzt investieren, damit wir in 20 Jahren eine Pflege- und Betreuungslandschaft vorfinden, über die wir - dann vielleicht selbst Betroffene - sagen: „Ja, das haben wir so gewollt, da fühlen wir uns wohl, da gibt es jemanden, der Zeit findet, mir die Hand zu halten.“

Lasst uns daher in Investitionen statt in Kosten denken - damit wir mit unserer Budgetpolitik nicht die Sozialpolitik und Gesundheitspolitik gefährden (*Applaus SPÖ*).

Die Lebenszusammenhänge von Frauen sind voller Diversität. Für gleiche Arbeit muss auch gleicher Lohn für Männer und Frauen bezahlt werden. Auch bei „Graz neu ordnen“ gilt es aus Sicht der Frauenpolitik soziale und Gender-Aspekte zu berücksichtigen. Hochwertige Frauenarbeitsplätze - diese sind durch eine relative

Gleichstellung im öffentlichen Dienst vorhanden - würden nun durch Auslagerung und Übertragung an Private gefährdet werden.

Und eines ist uns noch sehr wichtig, gerade angesichts der heutigen Entscheidung: Wir bedanken uns bei allen MitarbeiterInnen des Magistrates und der Graz AG für ihren engagierten Einsatz - Tag für Tag, Nacht für Nacht, am Wochenende, zu Weihnachten und an den Feiertagen. Sie sind es, die ihre Arbeitskraft im Interesse und Dienste der Stadt und für die Grazerinnen und Grazer einbringen - die Lebensqualität, die Wohnqualität, die Sicherheit und die Pflege- und Betreuungsleistungen in unserer Stadt sind ihr Verdienst (*Applaus SPÖ*).

Und unser Dank gilt auch - anlässlich des heutigen Budgetgemeinderates - den MitarbeiterInnen der Finanzdirektion, stellvertretend für das Team möchte ich mich bei Herrn Finanzdirektor Dr. Karl Kamper und bei Herrn Michi Kicker bedanken.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Es braucht eine erfolgreiche, eine verantwortungsvolle Budgetpolitik für die Menschen in unserer Stadt und es braucht einen sinnvollen Umgang mit öffentlichen Unternehmen und mit dem Eigentum der Stadt Graz.

Deshalb muss gerade vor dem Hintergrund des Budgetdefizits für die Menschen ein stärkeres Netz aus sozialer Sicherheit, Solidarität und Fairness gewoben werden - oder wie Simone de Beauvoir es sagte: „Den Wert einer Gesellschaft erkennt man daran, wie sie mit ihren Schwachen umgeht!“

Dieses Netz wurde im vorliegenden Budget aber nicht gewoben:

- es fehlt das Bemühen, den nachhaltigen Konsolidierungskurs mit sozialen Schwerpunktsetzungen fortzuführen, wie er von Stadtrat Wolfgang Riedler eingeleitet wurde,
- es fehlen die Antworten auf drängende Zukunftsfragen,
- es fehlt an Mut und Visionen,
- kurz: es ist ein Budget der Perspektivenlosigkeit.

Daher wird die sozialdemokratische Fraktion dem heute vorliegenden Budget für 2010 keine Zustimmung erteilen (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

GRÜNE

Gemeinderat Dr. Gerhard WOHLFAHRT

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste!

„Erst wenn der letzte Baum gerodet ist, werdet ihr erkennen, dass man Geld nicht essen kann“, sagt sinngemäß ein altes indianisches Sprichwort. Und an dieses sollten wir viel öfter denken - damit wir nicht nur gebannt auf die Zahlen dieses Budgets schauen, sondern auch die Realitäten dahinter erkennen. Das heißt nicht, dass diese Budget-Zahlen nicht sehr wichtig sind. Budgets sind in Zahlen gegossene Regierungserklärungen. Aber die Zahlen alleine sind nichts. Wer hinter den 40 Millionen neuen Schulden nicht die neuen Straßenbahnen, nicht das neue Bad Eggenberg, nicht die neuen Kinderkrippen und vieles, vieles mehr sieht, der hat zwar die Zahlen gelesen, nichts aber von den Zusammenhänge verstanden (*Applaus Grüne*). Wer nicht bedenkt (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), was alles hinter den Gesamtausgaben von rund 900 Millionen steht, der wird falsche Schlussfolgerungen ziehen. Mit diesen 900 Millionen passieren ganz viele wichtige Dinge und wahrscheinlich auch manche, je nach persönlichem Standpunkt, mehr oder weniger unnötige Dinge. Über die Sinnhaftigkeit mancher kleiner Ausgaben haben wir schon oft diskutiert - und werden es auch noch oft tun. Gestern, heute und morgen. Aber diese kleinen notwendigen Veränderungen liegen fast immer im Promillebereich - und trotzdem sind sie wichtig - aber sie verändern nicht grundsätzlich das Gesamtbudget.

Zurück zu den wichtigen Dingen: Wir beschließen heute voraussichtlich rund 100 Millionen für den Sozialbereich, wir beschließen auch die Löhne und Gehälter für über 4.000 MitarbeiterInnen. Herzlichen Dank für Ihre hervorragenden Leistungen. Diese Löhne und Gehälter sind nicht nur die Gegenleistung für die erbrachten wichtigen Leistungen von der Straßenräumung über die Kinderbetreuung bis hin zu Verwaltungsleistungen. Diese Löhne und Gehälter sind auch die Lebensgrundlage für unsere 4.000 MitarbeiterInnen und ihre Familien.

Dies gilt natürlich auch für die weit über 100 Millionen Euro Pensionen, die die Stadt jährlich auszahlt. Auch diese Pensionszahlungen sind im Wesentlichen gut und sollen nicht verändert werden. Auf ein paar Details dazu werde ich später noch erwähnen.

Und zu guter Letzt und vielleicht am wichtigsten - und jetzt trete ich wahrscheinlich einigen sehr nahe: Wer hinter unserer Milliarde Schulden nicht all die vorhandenen Gegenwerte sieht - unsere Schulen und Kindergärten, unsere Gebäude, den Fuhrpark der GVB, das Straßenbahnnetz, die Wirtschaftsbetriebe und die AEVG, der hat die Budgetzahlen nicht verstanden (*Applaus Grüne*). Jüngst haben ein paar Gemeinderatskollegen - und hier ist bewusst die männliche Form gewählt - in einer Diskussion gesagt: „Die Stadt Graz hat fast alles verkauft und trotzdem eine Milliarde Schulden.“ Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer das glaubt, der möge sich bitte heute Mittag ganz schnell besser informieren, damit sie oder er am Nachmittag eine gute Entscheidung treffen kann. Die seit Jahren vielfach zitierte Milliarde Euro Schulden, 13,76 Milliarden Schilling, diese Milliarde Schulden sind die Gesamtschulden der Stadt Graz und ihrer wesentlichen Beteiligungen. Und dazu zählen halt mal die GBG und die Graz AG. Und die Stadt Graz und ihre Beteiligungen gemeinsam verfügen natürlich über ein Vermögen, das viel mehr wert ist als diese Milliarde. Weder die Regierungen vor uns und schon gar nicht wir haben relevantes Vermögen „nach außen“ verkauft. Einzige Ausnahme, oder vielleicht sogar Sündenfall - die Energie Graz vor rund 6 Jahren (*Applaus Grüne*). Und - wie Sie sicherlich wissen - derartige Sündenfälle sollen für die Zukunft erschwert werden - Veräußerungen nach außen sollen nur mehr mit einer Zweidrittel Mehrheit im Gemeinderat möglich sein. Das ist ein wichtiges Zeichen grüner Politik (*Applaus Grüne*). Mit uns gemeinsam können Sie heute dem zukünftigen Ausverkauf einen wirksamen Riegel vorschieben. Bin schon gespannt, wer von Ihnen heute Nachmittag dafür sein wird.

Nochmals mit aller Klarheit: Die Schulden der Stadt Graz - ohne Beteiligungen - betragen weniger als eine halbe Milliarde. Diese Schulden wurden durch Auslagerungen an die GBG reduziert. Der immer erwähnte konsolidierte Schuldenstand der Stadt Graz - die Schulden der Stadt selbst und all ihrer Beteiligungen - der beträgt rund eine Milliarde Euro und wird durch Immobilienpakete nicht beeinflusst.

Die Betrachtung dieser Gesamtschuld macht ökonomisch absolut Sinn. Herzlichen Dank auch an den Rechnungshof und an die Finanzdirektion, dass sie diese Gesamtbetrachtung seit Jahren konsequent durchziehen. Bei der Ehrlichkeit der Darstellung - da sind wir wirklich Spitzenreiter in Österreich. Andere Gebietskörperschaften folgen uns langsam. Aber wer von dieser Gesamtschuld spricht und gleichzeitig auf die vielen Auslagerungen hinweist, der hat die Zusammenhänge nicht verstanden.

Und noch etwas ganz Wichtiges: Dieser Gesamtschuldenstand ist in den letzten 2 bis 3 Jahren mehr oder weniger konstant geblieben. Ist es für die Presse nicht schon langweilig, jedes Jahr die gleichen Botschaften zu schreiben? Heuer wird der Schuldenstand der Stadt Graz die Milliardengrenze überschreiten - das steht seit meiner ersten Budgetdebatte jedes Mal in den Zeitungen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, selten - aber manchmal doch - bin ich sehr froh, wenn die Presse keine Neuigkeiten verkünden kann. Wie hat Grün-Schwarz das geschafft? Offensichtlich nicht durch Ausgliederung und Immobilienpakete - wie Sie ja fast alle wissen, verändert das die Gesamtschuldenshöhe nicht. Zum Glück hat auch kein Kahlschlag bei den Ausgaben stattgefunden. Ein ganz anderer Kahlschlag hat in Graz leider doch stattgefunden. Falls Sie an der Mur im Süden von Graz spazieren gehen - und das war bis vor kurzem sehr zu empfehlen - dort hat ein fürchterlicher Kahlschlag stattgefunden. Das ist keine grüne Politik - aber diesen Kahlschlag haben wir auch nicht zu verantworten (*Applaus Grüne*). Aber zurück zur grün-schwarzen Budgetpolitik. Kein Kahlschlag bei den Ausgaben, keine signifikante Erhöhungen bei den Einnahmen - im Wesentlichen haben nur Index-Anpassungen stattgefunden. Ist die Budgetlage der Stadt vielleicht doch viel besser als immer kommuniziert? Ein wenig schon, aber nicht so sehr. Wir haben strukturelle Verbesserungen weitergeführt, die schon vor Grün-Schwarz begonnen wurden. Finanzvermögen wurde reduziert, die Liquidität auf ein sinnvolles Maß reduziert. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der letzten Regierungsperiode hat die Graz AG hohes Finanzvermögen gehalten, heute sind wir alle froh, dass dieses rechtzeitig abgebaut wurde. Diese Verbesserungen bei der Finanzplanung sind inzwischen ziemlich ausgereizt - ein großes Danke dafür an Finanzdirektor Karl Kamper und sein ganzes Team (*Applaus Grüne*).

Aber auch keine Sorge, dass grüne Politik plötzlich unkritisch wird. Karl Kamper und seine MitarbeiterInnen wissen sehr genau, dass wir Grünen und ganz besonders ich

nicht alle Vorschläge gut finden - aber wir schaffen es fast immer, gemeinsam gute Lösungen für alle zu finden. Das ist die neue grünschwarze Politik (*Applaus Grüne*).

Noch ein Wort zur Entwicklung der Schulden. Seit Beginn der grünen Regierungsbeteiligung, seitdem ich grüner Finanzsprecher bin, sind die Gesamtschulden der Stadt Graz nominal leicht gesunken. Nicht mein Verdienst - sicher nicht - aber eine tolle Leistung der Stadt Graz. Sinkende Schulden über zwei Jahre zu halten, da sieht man, dass die Schulden nicht davongaloppieren (*Applaus Grüne*).

Diese Gesamtschulden werden nächstes Jahr steigen – und jetzt bitte gut zuhören – das ist auch gut so. Ein kontrolliertes Wachstum der Gesamtschulden in Zeiten der größten Wirtschaftsrezession in der Geschichte der 2. Republik ist absolut notwendig. Wie sonst sollen wir unsere wichtigen Aufgaben weiter erfüllen? Oder glaubt wirklich jemand, dass strukturelle Veränderungen von heute auf morgen wirken?

Seit vielen, vielen Jahren wissen wir, dass öffentliche Haushalte nicht panikartig auf konjunkturelle Einbrüche reagieren dürfen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Wir brauchen außerdem weiterhin Kinderbetreuung und Altenpflege, weiterhin sollen Straßenbahnen und Busse durch die Stadt fahren. Wenn nun kurzfristig die Einnahmen ausbleiben, so müssen wir natürlich weiterhin unsere Aufgaben erfüllen. Und das führt zwischendurch zu einer stärkeren Zunahme der Schulden, als uns dauerhaft lieb ist. Und genau deshalb muss es dann auch Zeiten geben, in denen die Schulden langsamer steigen, vielleicht auch real einmal sinken. Dass das möglich ist, hat Grün-Schwarz gezeigt (*Applaus Grüne*). Und im Nachhinein stellen sich da schon so mache Fragen: Karl-Heinz Herper hat anlässlich des Budgets 2008 wörtlich „von einem neuerlichen Weg in die Schuldenfalle, für den beide Koalitionspartner gemeinsam die Verantwortung tragen“ gesprochen. Jedes Jahr das Gleiche. Und damals hab ich mich schon auf den Budgetabschluss 2008 gefreut. Weil eines Tages werden die vorliegenden Zahlen die Antwort geben. Tja, und dieser Tag ist heute gekommen. Für das Jahr 2008 liegen die Zahlen vor. Ja, lieber Karl-Heinz, auch wenn er nicht hier ist, wir Grünen übernehmen gerne die Verantwortung für dieses Budget, für sinkende Finanzschulden im Jahr 2008. Und wir stehen auch zu den voraussichtlichen Anstiegen in den nächsten Jahren, weil es für uns Grüne eben Wichtigeres gibt als die kurzfristigen Veränderungen der

Schulden. Aber das hat dir ja auch schon vor vielen Jahren einer der größten Sozialdemokraten - sorry, damals waren es ja noch die Sozialisten, gesagt: „Es gibt Wichtigeres als die kurzfristige Entwicklung der Schulden“. „Ich würde mich freuen, wenn die SP auch wieder einmal die Verantwortung übernimmt für ein Budget, das nicht der Logik der Finanzmärkte folgt, sondern der Logik der notwendigen Aufgabenerfüllung. Heute Nachmittag wird es dazu eine Gelegenheit geben. Oder folgt ihr lieber einem Landeshauptmann, der unheilvolle Gerüchte über eine drohende Hyperinflation verbreitet und offensichtlich viel größere Budgetprobleme hat als die Stadt Graz? Und in diesem Zusammenhang ist es besonders lustig, alte Stellungnahmen einer anderen Oppositionspartei zum Budget nachzulesen. Und besondere Freude bereitet dabei der Debattenbeitrag von Gerald Grosz. „Der Schuldenstand galoppiert“, heißt es da vor genau einem Jahr. Manche Dinge können halt wohl im Stand galoppieren, Herr Grosz.

Wie auch immer, bleiben wir beim Grazer Budget - obwohl eines muss ich schon noch sagen: Kollege Grosz hat nämlich immer wieder auf die angeblich so tolle Politik in Kärnten verwiesen. Die Wahnsinnspolitik in Kärnten wird nicht nur alle österreichischen SteuerzahlerInnen einiges kosten, sondern auch die Stadt Graz. Wenn eine österreichische Bank - und sei es auch nur eine Kärntner Landesbank - mehr oder weniger Pleite macht, dann sinkt das Vertrauen in die öffentliche Hand, und wir Grazerinnen und Grazer müssen vielleicht höhere Zinsen für unsere Schulden zahlen, weil in unserem Nachbarbundesland ganz offensichtlich massivste Misswirtschaft stattgefunden hat. Lieber Herr Grosz, konzentrieren Sie sich bitte nicht nur auf das Grazer Budget, versuchen Sie auch, in Kärnten das Schlimmste zu verhindern. Dort wird Hilfe dringend benötigt (*Applaus Grüne*).

So, jetzt zum Budget: Die Rahmenbedingungen wurden schon ausreichend dargestellt. Ein deutlicher Rückgang der Ertragsanteile, zum Glück kein Kahlschlag bei den Ausgaben, somit natürlich eine leichte Erhöhung der Gesamtschulden. Und noch eine Botschaft für jene, die ganz genau die einzelnen Salden anschauen. Der laufende Saldo wird in diesem finanztechnisch sehr schwierigen Jahr negativ ausgewiesen. Wie sollte es auch anders sein? Inhaltlich stimmt es ja auch. Aber rein formal finden Sie beim Verkauf von Beteiligungen, die finden Sie beim Verkauf von Beteiligungen, die Zahl von 36 Millionen Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, keine Sorge: Wir wollen definitiv keine Beteiligungen verkaufen. Aber unser Finanzstadtrat ist wesentlich ehrlicher, als es das Gesetz vorsieht. Geplant ist wieder eine Sonderdividende von der Graz AG an die Stadt Graz innerhalb unserer Beteiligungen. Gerhard Rüschi hat diesen Ertrag nicht als Dividende eingestellt, sondern als Verkauf von Beteiligungen, was inhaltlich dem schon entspricht, formalrechtlich hätte er eigentlich ins laufende Budget gehört, dann hätten wir einen positiven laufenden Saldo, aber inhaltlich passt das so wie er steht.

Was sind wichtige Aufgaben kommunaler Politik, für welche stehen insbesondere wir Grüne: Mir sind dazu insbesondere Chancengleichheit - als Überbegriff für soziales Bewusstsein, Menschenrechte, Integration und Umweltschutz - vielleicht auch als Chancengleichheit für die nächste Generation - eingefallen. Was ist in diesem Budget dazu erkennbar? Fangen wir mit einem Musterschüler an, der Kinderbetreuung. Ausbau der außerhäuslichen Kinderbetreuung war für die grün-schwarze Koalition von Anfang an eine wichtige Aufgabe, und dabei bleiben wir auch. Auch in Zeiten sinkender Ertragsteile wird die Kinderbetreuung ausgebaut - und das ist gut so. Weil ausreichende Kinderbetreuung ein wichtiger Baustein ist für die Chancengleichheit von Frauen und Männern, Kinderbetreuung ist auch ein ganz wichtiger Baustein in der Integrationspolitik, und gute Kinderbetreuung ist auch wichtig für das soziale Lernen unserer Jüngsten. Deshalb fließt immer mehr öffentliches Geld in die Kinderbetreuung, deshalb werden jedes Jahr mehrere neue Gruppen eröffnet, deshalb haben wir vor kurzem den Neubau von zwei Kinderkrippen beschlossen. Hier ist Grün-Schwarz eindeutig auf dem richtigen Weg (*Applaus Grüne*).

Etwas schwieriger ist die Situation bei der Integration. Die Budgets im Bereich der Integrationspolitik weisen nicht die Steigerung auf, die dringend notwendig wäre. Allerdings ist Integrationspolitik eine Querschnittsmaterie, Integrationspolitik muss sich in allen Ressorts widerspiegeln. Deshalb gibt es auch nicht „das Integrationsbudget“. Wir werden uns bemühen, die Ausgaben für Integration in Zukunft klarer darzustellen. Aber viel wichtiger ist, dass Integration stattfindet. Und auch in diesem Bereich bin ich zuversichtlich. Vor allem, weil es eine grüne Regierungsbeteiligung gibt. Aber auch, weil wir einen Bürgermeister Siegfried Nagl haben, der hier in letzter Zeit klare Worte für eine gute Integrationspolitik gefunden hat. Unser Bürgermeister hat völlig zu Recht festgestellt, dass für Menschen wie

Arigona Zogaj in diesem Land Platz ist, ja auch in dieser unserer Stadt. Danke Herr Bürgermeister für dieses klare und wichtige Bekenntnis (*Applaus Grüne*). Und unser Bürgermeister hat sicherlich nicht nur Arigona Zogaj alleine gemeint.

Wenn wir dieses Bekenntnis gemeinsam leben, und daran will ich jetzt nicht zweifeln, dann wird Integration stattfinden. Und darauf freue ich mich. Und nochmals ein herzliches Danke an unseren Herrn Bürgermeister.

Umweltschutz und Chancengleichheit für die nächste Generation. Vieles haben wir schon geschafft, viel mehr ist noch vor uns. Hier könnte ich sehr lange über den Ausbau der Fernwärme, über die Eröffnung von Groß-Solaranlagen, über die Förderung von Sonnenkollektoren reden. Mach ich gerne - aber nicht hier und heute. Ich glaube, die Politik unserer Vize-Bürgermeisterin Lisa Rücker ist allgemein bekannt - und ganz sicher auf dem richtigen Weg. Lassen Sie mich noch kurz auf die Verkehrspolitik eingehen: Nächstes Jahr wird sich das Bild des ÖV verändern - etliche neue Straßenbahnen werden durch Graz fahren. Eine wichtige Investition - eine zukunftsweisende Investition, die sich natürlich im Budget widerspiegelt. Auch wenn die ersten Straßenbahnen leider keine langen Straßenbahnen sein werden. An der Verbesserung dieser problematischen Entscheidung der letzten Stadtregierung arbeiten wir noch – wir werden auch hier demnächst eine Verbesserung finden. Wie auch immer, die Graz AG kann diese Investition nicht selbst finanzieren, deshalb muss die Stadt Graz hier unterstützend eingreifen. Die Förderung des ÖV ist nicht nur eine ganz wichtige Umweltschutzmaßnahme, öffentlicher Verkehr ermöglicht manchen erst die notwendige Mobilität. Hier schließt sich schon wieder der Kreis zur Chancengleichheit, auch wenn Autofahrerparteien das nicht einsehen werden. AutofahrerInnen sind und bleiben nur ein Teil der Gesellschaft, innerstädtisch muss dieser Anteil abnehmen. In diesem Sinne verbessern wir zurzeit das alternative Mobilitätsangebot ÖV, Fuß- und Radwege. Der nächste Schritt wird und muss auch kommen: Einschränkungen für den MIV, gesetzliche Vorgaben, zum Beispiel Umweltzonen und auch marktkonforme Maßnahmen: Erhöhung der Parkgebühren, in erster Linie nicht für AnrainerInnen, sondern für all jene, die mit dem Auto unterwegs sind: Die langersehnte Ausweitung der Parkzonen wird im Frühjahr stattfinden, damit haben AnrainerInnen auch wieder mehr Parkmöglichkeiten. Aber auch die Parkgebühren werden mittelfristig erhöht werden, als Lenkungsmaßnahme und auch zur notwendigen Finanzierung des ÖV. Und die Finanzierung des Nahverkehrs muss

generell auf neue und tragfähige Beine gestellt werden. Unsere Vorstellung dazu ist eine Stellplatzabgabe, die in erster Linie auf allen Großparkplätzen eingehoben werden muss. Wer einen guten ÖV will, und die Schulden nicht grenzenlos steigen lassen will, ja der muss sich auch zu sinnvollen öffentlichen Einnahmen bekennen. Eine Form davon ist eine Stellplatzabgabe (*Applaus Grüne*).

Eine andere sinnvolle Form von zusätzlichen Einnahmen ist die bereits erwähnte Zweitwohnsitzabgabe. Hier freue ich mich ganz besonders über die klare Unterstützung der ÖVP. Und wie Sie sicherlich alle wissen, geht es dabei in erster Linie nicht um höhere Steuern für jene Personen, die unbedingt einen Zweitwohnsitz brauchen. In erster Linie geht es hier um mehr Gerechtigkeit. Gerechtigkeit in dem Sinn, dass Ertragsanteile an jene Gemeinden fließen, in denen sich die Personen überwiegend aufhalten. Und die Wahlfreiheit bei der Auswahl des Hauptwohnsitzes wird derzeit zu Ungunsten der Stadt Graz überstrapaziert. Und es geht vor allem um die Besteuerung von ungenutztem Wohnraum. Es kann nicht im Interesse der Gesellschaft sein, dass Wohnraum nicht benützt wird, während viele dringend auf der Suche nach Wohnraum sind. Und neben diesem wichtigen sozialen Aspekt sind auch die Auswirkungen auf die Stadt und die Lebensqualität wichtig. Leerstehende Häuser sind weder schön, noch angenehm, noch ökonomisch effizient. Und wirklich ganz schlimm wird es, wenn Wohnraum nur aus spekulativen Überlegungen nicht genutzt werden darf. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das wollen wir alle sicherlich nicht unterstützen. Wenn wir es schon nicht verbieten können, dass Wohnraum nicht benützt wird, dann führen wir doch eine Abgabe auf ungenutzten Wohnraum ein. Eine alte grüne Forderung, die wir gemeinsam umsetzen können. Leider nur mit der Hilfe des Landes, aber wir arbeiten daran.

Sehr geehrte Damen und Herren! Sie haben richtig gehört, ich rede auch von höheren Gebühren und Steuern. Ehrliche Politik heißt auch, Finanzierungsvorschläge für die wichtigen öffentlichen Leistungen, für Kinderbetreuung, Sozialausgaben, für ÖV und vieles andere mehr anzubieten. Wir Grünen sind bereit, ehrliche Politik anzubieten. Wir stehen für eine Ausweitung und Erhöhung der Parkzonen, für eine Zweitwohnsitzabgabe, die insbesondere die Besitzerinnen und Besitzer, die weibliche Form könnte ich mir fast sparen, von leerstehenden Wohnungen trifft.

Gestatten Sie mir eine kurze Zusammenfassung: Trotz der Wirtschaftskrise und dem

entsprechenden Rückgang bei den Einnahmen erfüllen wir weiterhin die wichtigen Aufgaben der Stadt, mit einer bewussten Schwerpunktsetzung bei Chancengleichheit und Umweltschutz. Insbesondere Kinderbetreuung und öffentlicher Verkehr sind die Musterschüler des Jahres 2010. Bei den Einnahmen sind kurzfristig wichtige Potenziale zu nützen, insbesondere im Verkehrsbereich und bei der Zweitwohnsitzabgabe. Die Grundsteuer ist auch wichtig – aber leider Bundessache. In Zeiten der Wirtschaftskrise werden die Schulden steigen - und das ist auch gut so. Nur so kann die Stadt ihrer Verantwortung nachkommen. Und das Steigen der Schulden ist deshalb in Ordnung, weil es bewusst und kontrolliert stattfindet. Nach ein paar Jahren nominal gesunkener Gesamtschulden folgt jetzt wieder eine Periode des Schuldenanstiegs. Wenn aber die Gesamtschulden dauerhaft real gleich bleiben, dann ist das sicherlich kein Problem. Wir haben ja auch nichts verkauft, warum sollen die Schulden dann sinken? Aber verstehen Sie das bitte nicht falsch. Ohne konsequente Budgetpolitik, ohne mühsame Überprüfung jedes einzelnen Postens, ohne Sparwillen der gesamten Stadtregierung, ohne notwendige und sinnvolle Anpassung der Gebühren, ohne all diese Maßnahmen würde natürlich das Budget außer Kontrolle geraten. Aber machen Sie sich keine Sorgen, die Crash-Szenarien finden anderen Orts statt. Dass Grazer Budget ist gut und deshalb werden wir Grünen zustimmen. Danke (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Bürgermeisterstellvertreterin übernimmt um 10.55 Uhr den Vorsitz.

K P Ö

Gemeinderätin Mag.^a Ulrike T A B E R H O F E R

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste am Balkon!

Es ist ein symbolisches Zusammentreffen, dass heute das Budget, das Ausgliederungsprogramm Haus Graz und die Sperre von Bezirksämtern in einer einzigen Sitzung beschlossen werden sollen.

Das zeigt den Widerspruch auf, der sich durch die gesamte Politik der schwarz-grünen Rathauskoalition zieht. In Worten ist man für Reformen, in der Realität zieht man einen beinharten Belastungskurs durch, der die gesellschaftlichen und finanziellen Probleme unserer Stadt nicht löst, sondern vertiefen wird (*Applaus KPÖ*). Dazu gibt es keine Zustimmung der KPÖ.

Bereits seit Jahren haben die Kürzungen über den Finanzausgleich bei gleichzeitiger Übertragung von Mehraufgaben an die Kommunen zu spürbaren Einschränkungen der politischen Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten geführt - jetzt hat sich der Druck durch die Wirtschaftskrise auf die Finanzlage unserer Stadt weiter erhöht.

Die Maßnahmen, die von der Bundesregierung als Lösungsstrategie gesetzt werden, zielen eher darauf ab, die Krise weiter anzuheizen, gesellschaftliche Ungerechtigkeit zu verstärken. Denn nicht die Besitzer großer Vermögen werden sozial gerecht an der Finanzierung der Krisenkosten beteiligt und der gesellschaftliche Reichtum von oben nach unten verteilt, sondern die Mehrheit der Bevölkerung muss die Belastungen tragen.

Diese beiden Faktoren - nämlich kontinuierliche Einsparungen auf kommunaler Ebene zugunsten des Bundes und der aufgrund der Wirtschaftskrise verstärkte Finanzdruck - kennzeichnen die Rahmenbedingungen für den vorliegenden Budgetentwurf. Gleichzeitig spiegelt sich jedoch auch wider, welche Strategien in den letzten Jahren von den politisch Verantwortlichen unserer Stadt zur Lösung der

Budgetknappheit umgesetzt wurden. Durch schrittweise Auslagerungen und Privatisierung öffentlichen Eigentums wurden hohe Einmalerlöse zur Sanierung des jeweiligen Haushalts in den vergangenen Jahren erzielt, lineare Kürzungen in den einzelnen Ressorts haben dazu geführt, dass die Leistungsfähigkeit der Stadt immer mehr geschwächt worden ist. Die Folgewirkungen zeigen sich bereits jetzt einerseits darin, dass die Möglichkeiten gestaltend Einfluss auf die Qualität und die Kosten der Leistungserbringung zu nehmen, in erheblichem Maße eingeschränkt worden sind und dass andererseits hohe Summen für die Rückmietung, zum Beispiel von Schulen, aufgewendet werden müssen. Diese Vorgangsweise kann nur kurzfristig zur Sicherstellung der Ausgaben für das darauffolgende Jahr gesehen werden, endet jedoch vor allem dann, wenn wir als Stadt über keinerlei öffentliches Eigentum mehr verfügen. Bereits jetzt ist der Gesamtschuldenstand der Stadt über der Milliarden-Euro-Grenze. Diese gewählte Strategie ist aus Sicht der KPÖ kein Beitrag zur Sanierung der Finanzsituation der Stadt, sondern wird vielmehr Tarif- und Gebührenerhöhungen zur Folge haben, die zu massiven Belastungen der Bevölkerung führen werden.

Die schwarz-grüne Regierungskoalition hat aber aus diesem Sachverhalt nichts gelernt – im Gegenteil – das geplante Vorhaben „Graz neu ordnen“ ist eine Fortsetzung dieses Kurses. So soll zum Beispiel einer der wichtigsten Kernbereiche, der noch im Eigentum der Stadt ist – die Wirtschaftsbetriebe - in eine GmbH ausgelagert werden. Das ist ein weiterer Schritt zur Aufsplitterung und Zerschlagung öffentlichen Eigentums und gefährdet vor allem die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Als KPÖ treten wir immer konsequent dafür ein, dass für alle Menschen in unserer Stadt - auch für zukünftige Generationen - ein gleichberechtigter und verlässlicher Zugang zu wichtigen Leistungen zu erschwinglichen Preisen gegeben sein muss. Diese kontinuierliche und flächendeckende Erbringung der Leistungen muss aber auch in einer bestimmten Qualität und in ausreichendem Umfang gewährleistet werden. Darüber hinaus gilt es jedoch auch, eine demokratische Kontrolle und Transparenz über Umfang und Qualität der mit der Daseinsvorsorge erbrachten Leistungen zu garantieren. Die Reformvorschläge der schwarz-grünen Koalition stehen jedoch im Gegensatz zu diesen Ansprüchen. Auch wenn immer wieder

hervorgestrichen wird, dass sich mit dem betriebswirtschaftlichen Ziel der Gewinnmaximierung sowie durch die Konkurrenz zu anderen Anbietern die Effizienz der Leistungserbringung erhöhen und die Qualität der Dienstleistung verbessern wird, ist diese Argumentation leicht durchschaubar. Denn der „Neuorganisation Haus Graz“ liegt ein Privatisierungsprozess zugrunde, die Transformation des Öffentlichen nach markt- und betriebswirtschaftlichen Kriterien, der das Funktionieren kommunaler Selbstverwaltung ins Wanken bringen wird, die Rahmenbedingungen zur Gestaltung und Umsetzung kommunalpolitischer Aufgaben erschweren, wenn nicht sogar unmöglich machen wird.

Aber nicht nur die Gefahr einer kontinuierlichen Gebühren- und Tarifierhöhung zu Lasten der Menschen in unserer Stadt wird diese Reform nach sich ziehen, sondern weitere negative Auswirkungen sind vor allem auch für die Beschäftigten zu befürchten. Bereits in den vergangenen Jahren hat sich der Druck im Zuge von Einsparungsüberlegungen auf die Bediensteten erhöht, nach Umsetzung der jetzt geplanten Vorhaben wird es drei verschiedene Verträge geben, die unterschiedliche Arbeitsbedingungen der Bediensteten festschreiben, die dazu führen können, dass die Beschäftigten gegeneinander ausgespielt werden. Diese Situation könnte vermieden werden, wenn man vom geplanten Vorhaben Abstand nehmen würde (*Applaus KPÖ*). Denn langfristig gesehen ist es für die KPÖ offensichtlich, dass die Folgen niedrigere Löhne und erhöhte Leistungsanforderungen bei gleichzeitiger Verstärkung der Ungleichheiten unter den Beschäftigten sein werden. Davon sind vor allem dann auch Frauen besonders betroffen. Vor allem ist bekannt, dass im privaten Sektor die Bereitschaft für Gleichstellungsmaßnahmen gering ist. Generell lässt sich sagen, dass die durch die geplante Ausgliederung beabsichtigten Einsparmaßnahmen in der Höhe von 15 Millionen Euro beim Personal somit vor allem am Rücken der Bediensteten ausgetragen und zur Entsolidarisierung führen werden.

Das Ausgliederungsprogramm Haus Graz wird sich somit einerseits negativ auf die Bevölkerung auswirken und andererseits zu Lasten der Bediensteten gehen. Ein weiterer Kritikpunkt seitens der KPÖ ist der Abbau demokratiepolitischer Mitbestimmungsmöglichkeiten. Über im Eigentum der Stadt Graz befindliche Bereiche können im Gemeinderat Entscheidungen getroffen werden – insbesondere

über die Tarif- und Gebührengestaltung. Öffentliches Eigentum, das in Gesellschaften ausgegliedert und privatisiert wird, ist dieser demokratischen Kontrolle entzogen. Der Zugang ist nur vermittelt über Aufsichtsräte und -rätinnen möglich, was eine deutliche Einschränkung bedeutet und nur für ausgewählte Personen, die den jeweiligen machthabenden politischen Parteien genehm sind, möglich ist. Transparenz und Kontrolle sind nicht mehr sicherzustellen und als Gemeinderat gibt es keine direkte Einflussnahme zum Beispiel über Umfang und Qualität von Leistungen der Daseinsvorsorge mehr.

Waren die Gestaltungsmöglichkeiten in den vergangenen Jahren aufgrund der Sparmaßnahmen im eigenen Wirkungsbereich und aufgrund der immer geringer werdenden Finanzmittel des Bundes, 2010 statt der eingeplanten 270 Millionen nur mehr 235 Millionen, also bereits erheblich eingeschränkt, so lässt sich jetzt festhalten, dass das geplante Vorhaben „Haus Graz“ zu einem drastischen Einschnitt im eigenen Wirkungsbereich führen wird. Die finanziellen Probleme werden sich verstärken, denn einnahmenseitig wird sich der Anteil an finanziellen Mitteln erheblich reduzieren, was wiederum zur Folge haben wird, dass Offensiven zur Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung in unserer Stadt ausbleiben werden und sogar die Gefahr besteht, die zu leistenden Pflichtausgaben nicht mehr zur Verfügung zu haben.

Der Kleinen Zeitung vom 11. Dezember war zu entnehmen, dass Finanzstadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüschi von einem „Budget der Vernunft“ spricht. Als KPÖ können wir dem nichts Vernünftiges abgewinnen, wenn zum Beispiel für den Kinderbetreuungsbereich statt 12 Millionen Euro nur mehr 8 Millionen Euro vorgesehen sind. Hier Einsparungen zu treffen, ist kontraproduktiv, vor allem wenn wir uns vor Augen führen, dass der Bedarf steigend und insbesondere der Anteil an Kinderkrippenplätzen immer noch viel zu niedrig ist. Kinderkrippen und -gärten sind Einrichtungen elementarer Bildung, auf die jedes Kind einen Anspruch hat. Als Stadt tragen wir Verantwortung für die bestmögliche Entwicklung der Kleinen. Das ist eine Investition in die Zukunft. Dazu gehört auch, dass städtische Kindereinrichtungen eine Vorbildwirkung bezüglich Qualität und optimaler Betreuung durch qualifizierte Kinderpädagoginnen haben müssen. Es gilt somit den Ausbau der städtischen Kindereinrichtungen zu forcieren und Qualitätsstandards weiter zu optimieren (*Applaus KPÖ*). Denn gerade im privaten Kinderbetreuungsbereich zeigen sich

vielfach diesbezüglich große Probleme – vor allem aber auch was die Entlohnung der dort Beschäftigten anbelangt.

Auch in anderen Bereichen ist es Aufgabe der Stadt, die erforderlichen finanziellen Mitteln aufzubringen, um nicht nur die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen allen Menschen zukommen zu lassen, sondern über zusätzliche Maßnahmen das Zusammenleben der Menschen zu verbessern.

Dazu gehört vor allem auch der Bereich Wohnen. Ziel muss sein, dass alle Menschen in Graz entsprechend ihren finanziellen Möglichkeiten eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnung nach Lage, Größe und Ausstattung in einem attraktiven Wohnumfeld finden können. Eine zentrale Aufgabe der Stadt ist deshalb vor allem, mehr leistbaren Wohnraum zu schaffen. Denn der Anteil an Menschen in unserer Stadt, die armutsgefährdet sind, hat zugenommen und das zeigt sich unter anderem auch daran, dass die Anzahl an Gemeindewohnungen nicht ausreicht. Als KPÖ haben wir deshalb die Forderung nach mehr Gemeindewohnungen auf Kasernengrund erhoben. Zusätzlich bedarf es auch mehr finanzieller Mittel, um mehr Übergangwohnheime und unterschiedliche Formen betreuten Wohnens zu schaffen. Ein großes Problem stellen auch immer wieder für viele Menschen bei der Anmietung von neuen Wohnungen die hohen Kauttionen dar. Aus diesem Grund haben wir als KPÖ die Einrichtung eines Kautionsfonds angeregt, der zurzeit als schnelle Überbrückungshilfe beim Wohnungsamt angesiedelt ist. Diese Form der Entlastung für sozial Schwache wäre jedoch als dauerhafte Maßnahme bei der Stadt mit entsprechenden finanziellen Mitteln auszustatten, um noch wirkungsvoller Unterstützung leisten zu können.

Eine weitere konkrete Maßnahme ist für uns als KPÖ die Einführung eines Sozialpasses, zielgerichtet für die Menschen, die ein geringes Einkommen haben. Seit Jahren bringen wir diese Forderung ein. Mittels eines Ausweises sollen so Behördenwege reduziert und alle bestehenden Ansprüche aufgelistet werden. Er soll dazu beitragen, dass sich die Preise bei der GVB und auch für öffentliche Kultur-, Sport- und Bildungseinrichtungen verringern. Trotz eines einstimmigen Beschlusses zur Prüfung der Einführung einer solchen Maßnahme hat sich bis jetzt immer noch nicht eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe gebildet, die eine Grundlage für ein solches Vorhaben erarbeitet hätte. Planmäßiges, zielgerichtetes, aber vor allem

parteiübergreifendes Handeln in Richtung Armutsprävention ist längst an der Zeit, wenn man sich die Daten des Armutsberichts vor Augen hält: Die Armutsgefährdungsschwelle liegt für Einpersonenhaushalte bei einem Netto-Einkommen von rund 900,- Euro pro Monat und damit gelten 13% der Grazerinnen und Grazer, das sind 33.356 Personen, anhand dieses Richtwertes als armutsgefährdet.

Diese Vorschläge verdeutlichen, dass wir als Stadt die Verpflichtung haben, zielgerichtete Maßnahmen für mehr soziale Gerechtigkeit in unserer Stadt zu treffen und dafür insbesondere im Budget Vorsorge tragen müssen. Das setzt jedoch voraus, dass wir nicht durch Ausgliederung und Privatisierung öffentlichen Eigentums uns unserer finanziellen Grundlagen berauben. Was nützen uns Titel wie Menschenrechtsstadt oder Weltkulturerbe, wenn es in Graz immer schwieriger wird, für den sozialen Zusammenhalt zu sorgen und den Menschen zu helfen, denen es nicht so gut geht (*Applaus KPÖ*)?

Wir haben in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit großen Zuspruch für unsere Positionen erhalten. Die Menschen wissen nämlich sehr gut, dass sich hinter den schönen Worten vom Haus Graz ein Anschlag auf ihre Brieffaschen versteckt.

Unsere Aufgabe sehen wir darin, auch in Zukunft in diesem Haus und – wenn notwendig auch mit Aktionen – für die Interessen der Benachteiligten in unserer Gesellschaft einzutreten.

Die Konzerne haben starke Lobbys, die auch in der Krise Millionen an Steuergeldern für ihre Zwecke herausholen können, wie ganz aktuelle Beispiele zeigen. Wir von der KPÖ treten für die Menschen ein, die keine Lobby haben. Das zeigt Stadträtin Elke Kahr Tag für Tag mit ihrer Arbeit.

Bei uns weiß man, wie man dran ist. Und deshalb ist unser Stimmverhalten beim Budget, beim Haus Graz, bei der Sperre der Bezirksämter und bei der Erhöhung der Bibliotheksgebühren keine Überraschung, sondern konsequent (*Applaus KPÖ*).

Als KPÖ werden wir somit dem vorliegenden Budget außer dem Kapitel „Wohnen“ nicht zustimmen.

Bedanken möchte ich mich im Namen der KPÖ jedoch bei allen Magistratsbediensteten, die an der Erarbeitung des vorliegenden Voranschlags beteiligt waren.

Besten Dank für die Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

FPÖ

Gemeinderat Christoph H Ö T Z L

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, leider nicht anwesend, sehr geehrte Damen und Herren!

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Der Bürgermeister ist auch nicht anwesend, es interessiert ihn nicht.

GR. **Hötzl**: Dass die Zeiten aus wirtschaftlich, finanzieller Sicht nicht gerade die besten sind, bekommt jeder Grazer in irgendeiner Form in seinem täglichen Leben zu spüren. Die einen mehr und die Glücklicheren weniger. Mag einer nur weniger verdienen, beziehungsweise geringere Beträge einfahren, so kann es bei einem anderen durchaus sein, dass er seine Arbeit verliert oder als Selbständiger sogar Insolvenz anmelden muss, letztendlich sogar seine Familie und sein Dach über dem Kopf verliert. Jeder von uns hat sich inzwischen auf die härteren Zeiten der Krise eingestellt und seine eigenen Vorkehrungen getroffen, diese Zeit möglichst gut zu überstehen, um in der Zukunft wieder besser dazustehen. Niemand kann mehr ausgeben als er einnimmt. Das muss ich Ihnen, leider nicht anwesend, sehr geehrter Herr Stadtrat Dr. Rüschi, wohl nicht sagen, das weiß wirklich jedes Kind, das ihn zumindest zwei Grundrechnungsarten einigermaßen fit ist. Hier werden Sie mir sicherlich Recht geben oder vielleicht doch nicht? Sie, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, als derjenige, der für die finanzielle Gebarung unserer Stadt verantwortlich zeichnet, bringen den saloppen Vergleich mit der Titanic, die man wohl nicht mehr vor dem Untergehen retten könnte. Ich frage mich an dieser Stelle, ob Sie ihren Job auch wirklich ernst nehmen, oder ob es dann nur um eine für Sie wohl kleine Aufsehenhascherei bei einem Journalistengespräch gegangen ist? Fakt ist jedenfalls, dass Sie mit dieser für Sie wohl lockeren Aussage viele tausende Grazer

stark verunsichert haben. In Gesprächen mit Grazer Bürgern hatte man den Eindruck, dass viele das Vertrauen in Ihre Person für diese verantwortungsvolle Tätigkeit bereits verloren haben. Andere wiederum bezweifeln schon langsam die Wirtschafts- und Finanzkompetenz der Österreichischen Volkspartei im Allgemeinen. Die Wirtschaftspartei, wie sie früher einmal von manchen Menschen betitelt wurde, aber diese Zeiten sind offenbar lange vorbei.

Kurz eine plakative Kennzahl Ihrer Politik aus budgettechnischer Sicht. Die konsolidierten Schulden haben sich seit dem Jahr 2004 um 54 % erhöht, waren es 2004 noch 746 Millionen Euro, so sind es 2010 bereits mehr als 1,1 Milliarden Euro. Wir reden hier lediglich von sechs Jahren, in denen sich die Schulden um 50 % erhöht haben. Ich frage mich, wie sieht das in weiteren fünf oder zehn Jahren aus, wenn dieser Trend des Schuldenmachens so weiter anhält, aber das wird Sie persönlich, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, wohl nicht mehr so sehr treffen, weil dann wieder andere für die Finanzen unserer Stadt verantwortlich sein werden. Ihr Motto lautet offenbar: Hinter mir die Sintflut. Das ist keine Politik mit Weitblick, Sie verschulden hier massiv die nachkommenden Generationen. Bei dem nun vorliegenden Budget für das Jahr 2010 wurde trotzdem ordentlich gespart und die Einnahmen entsprechend erhöht. Aber auch an den richtigen Stellen? Massive Einsparungen im Bereich der Wirtschaftsbetriebe, beispielsweise in der Straßenerhaltung, hier wird nur noch der Status quo gehalten. Nebenstraßen, die Ihrer Meinung nach nicht so wichtig sind, werden nicht mehr saniert und nur noch notdürftig repariert. Auch im Bereich der Wirtschaftsbetriebe, die Mittel sind derartig knapp, dass man hoffen muss, einen Winter mit wenig Schnee und wenig Tagen mit tiefen Temperaturen zu erleben, da der finanzielle Spielraum für Überstunden für die Schneeräumung sowie Kosten für Auftaumittel für die Straßen nicht mehr vorhanden ist. Kanalgebühren, auch hier haben Sie erst vor kurzem die Gebührenschaube für alle Grazer ordentlich angezogen, hier trifft es wieder hauptsächlich die, die es ohnehin aus finanzieller Sicht sehr schwer haben. Dasselbe gilt auch für die Müllgebühren, die ebenfalls erst kürzlich von Ihnen erhöht wurden.

Investiert wurde auf der anderen Seite natürlich auch, hier zähle ich nur eines von vielen Beispielen auf, nämlich Radwegebau in Millionenhöhe, siehe am aktuellen Beispiel Messeviertel. Unter dem Strich geben Sie für derartige, aber auch teilweise

zugegebenermaßen sinnvolle Investitionen somit 113 Millionen Euro aus. Soweit so gut oder auch nicht, jedenfalls werden von diesen 113 Millionen nur ganze 9,5 Millionen Euro selber finanziert, das entspricht einer etwas mehr als 8-%igen Eigenmittelquote. Jeder, der schon einmal mit Hilfe einer Kreditaufnahme ein Haus oder eine Wohnung finanzieren musste, weiß, dass diese Eigenmittelsituation für uns Normalsterbliche bei weitem nicht ausreichend ist, um finanziell zu überleben.

Ähnlich sieht es bei der ordentlichen Gebarung, also bei den Fixausgaben und Fixeinnahmen, aus. Hier klafft ein Minus von nahezu 35 Millionen Euro. Sehr geehrter Herr Stadtrat Rüschi, im richtigen Leben, unter Anführungsstrichen, hätten Sie ein Problem“, ihren Angestellten die Gehälter zu überweisen, die Mieten rechtzeitig zu bezahlen oder ihre Gebäude, wie zum Beispiel Schulen, Amtshaus, Rathaus und die Geriatrie ausreichend zu beheizen. Jeder private Unternehmer hätte längst schon Insolvenz anmelden müssen, ein weiteres Arbeiten wäre vor Jahren bereits fahrlässig gewesen. Aber die Stadt Graz ist kein Privatunternehmen, sie ist die öffentliche Hand, und im kamerale Haushalt gelten andere Gesetze. Gesetze, für die der Bürger, über dessen Kopf hinweg entschieden wird, und mit dessen hart verdienten und einbezahlten Steuer- und Abgabengeldern investiert und teilweise gepresst wird, kein Verständnis hat. Sie, und damit meine ich die beiden Regierungspartner Schwarz und Grün, haben Ihr Votum von etwas mehr als 50 % der Grazer Bevölkerung erhalten, Sie sind jetzt aber aufgerufen, für 100 % der Grazer Bevölkerung ihr möglichst Bestes zu geben. Ich glaube nicht, dass dieses Investitions- und Ausgabenprogramm auch nur eine ansatzweise Mehrheit in unserer Grazer Bevölkerung finden würde. Ich meine, Sie arbeiten in ihrer politischen Abgehobenheit klassisch am Wählerwillen vorbei (*Applaus FPÖ*). Erst kurz vor den nächsten Wahlen wird Ihnen der Wählerwille wieder vorgeblich wichtig sein, wichtig sein, um Versprechungen zu machen, die dann wieder nicht eingehalten werden.

Ich möchte in meiner Eigenschaft als Wirtschafts- und Finanzsprecher der Grazer FPÖ natürlich auch auf die Grazer Wirtschaft eingehen. Eine derart schlimme Wirtschaftskrise, wie wir sie gerade erleben, hat es schon seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben. Gerade in solchen Situationen ist die öffentliche Hand aber gefordert helfend einzugreifen, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Sie werden gefordert, Schritte zu unternehmen, die die Situation der Grazer

Wirtschaftstreibenden entscheidend verbessert. Aber gerade hier vermisste ich zum wiederholten Male eine entscheidende Investition in irgendeiner Form der Grazer Wirtschaftsförderung. Warum lassen Sie die Grazer Wirtschaftstreibenden in Zeiten wie diesen links liegen? Nach mehreren Anfragen von mir an die neue Wirtschaftsstadträtin Grabner erhielt ich stets zur Antwort, dass ohnehin genug für die Grazer Wirtschaftstreibenden getan wird und sie keinerlei weiteren Handlungsbedarf in diese Richtung sehe. Hier frage nicht nur ich mich, ob Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin die Welt nicht durch eine stark verzerrende rosarote Brille sehen. Ich möchte aber nicht Ihre Kompetenz als profunde Wirtschafts- und Tourismusexpertin in Frage stellen. Zuletzt wurden mir von Ihnen sogar die großzügigen Förderungen aufgezählt. Das eine war die Baustellenförderung und man als Betroffener einer Baustelle, wo die Stadt Graz Auftraggeber ist, 1000 Euro für entsprechende Werbemaßnahmen erhält, das andere war die Mietförderung für Jungunternehmer, wo man, wenn man bestimmten Branchen angehört, Kreativwirtschaft, Autocluster oder auch Forschung beispielsweise, einen Teil seiner Mieten gefördert bekommt. Auch hier ist der Förderbetrag eher bescheiden, die Höchstgrenzen gedeckelt und der Weg zur Förderung sehr bürokratisch. Zuletzt haben wir gemeinsam eine weitere Förderung für das Jakomini Viertel beschlossen, bei der es eine besondere Mietförderung zum Zwecke der Ansiedelung von Kreativen in der Jakomini- und Klosterwiesgasse geht. All diese Förderungen sind grundsätzlich gut und auch unterstützenswert, aber in Zeiten wie diesen braucht es halt mehr als nur Peanuts.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sie sind selbst Unternehmer, beziehungsweise kommen aus einer Unternehmerfamilie, Sie wissen als Betriebswirt und Unternehmer, wie man Geld verdient. Warum beauftragen Sie nicht Ihre Neostadträtin Grabner, die zweifelsohne, wie schon gesagt, hoffentlich eine Wirtschafts- und Tourismusexpertin ist, mit der Ausarbeitung eines Wirtschaftsrettungspakets für die Grazer Gewerbetreibenden? Investieren Sie in die Wirtschaft und verdienen Sie als Stadt Graz selber damit. Steigende Einnahmen in den Bereichen der Kommunalsteuer und steigende Nächtigungszahlen, was den Tourismus betrifft, werden auch unserer Stadt am Erfolg der Wirtschaft partizipieren lassen. Solche Investitionen bringen der Wirtschaft etwas, nämlich Umsatz und Ertrag, bringen den Menschen etwas, nämlich Arbeitsplätze und damit keine

Existenzängste mehr und bringen der Stadt letztendlich auch etwas, nämlich Abgaben und Gebühren (*Applaus FPÖ*).

Und wenn Sie dann ihre Neostadträtin Grabner entsprechend instruiert haben, würde ich Ihnen auch noch empfehlen, Ihre Kobürgermeisterin Rücker zurückzupfeifen, das empfehle nicht nur ich Ihnen, sondern schon seit ihrem Amtsantritt auch ihre Freunde aus Wirtschaftskammer und Wirtschaftsbund. Wirtschaftsfeindliche Politik hat in Zeiten wie diesen absolut nichts in einer Stadt wie Graz, die immerhin die zweitgrößte Österreichs ist, verloren. Ich zähle nur einige Beispiele auf: Busspuren auf Kosten von Ladetätigkeitsbereichen ausweiten, mit dem Ergebnis der ersatzlosen Streichung der Ladetätigkeiten, die Belieferung von Betrieben, von ansässigen Betrieben würde hier gar nicht mehr funktionieren, dieses Vorhaben wurde Gott sei Dank kurz vor der Umsetzung gestoppt. Ladetätigkeitsverkürzung in der Herrengasse, der Shoppingmeile in Graz. Die Probleme der ansässigen Wirtschaftstreibenden sind bekannt, das setze ich voraus, dieses Vorhaben wurde trotz massiven Widerstandes von Wirtschaftskammer und ansässigen Kaufleuten, viele davon auch Wirtschaftsbündler, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dieses Vorhaben wurde beinhart durchgezogen. Verkehrslösungen für den Bezirk Graz-Puntigam, genauer gesagt, für die Rudersdorfer Straße, dem Wirtschaftszentrum im Bezirk. Auch hier gab es und gibt es massiven Widerstand von ansässigen Unternehmen, erst nach der Androhung von Abwanderung durch die Firma Xenon Light, die immerhin mehrere hundert Menschen an diesem Standort beschäftigt, kam unsere Frau Vizebürgermeisterin zur Besinnung. Und momentan am Programm des wirtschaftsfeindlichen Programms unserer Frau Vizebürgermeisterin die Umweltzonen für unsere Stadt. Auch hier, sehr geehrter Herr Bürgermeister, massiver Widerstand von Wirtschaftskammer und Wirtschaftsbund. Ihre Parteifreunde stellen sich hier wieder einmal gegen Ihre Politik beziehungsweise gegen grüne weltfremde Politik, die von Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, aber vorerst noch geduldet wird. Laut Bericht einer namhaften und großen Tageszeitung überlegen bis zu 2.500 Firmen ihre Abwanderung. Was das für die Einnahmensituation für eine Stadt wie unsere bedeutet, muss ich Ihnen wohl nicht näher erklären. Das wäre der wirtschaftspolitische Supergau schlechthin für uns. Am Beispiel einiger deutscher Städte, wo es derartige Umweltzonen bereits gibt, sieht man, auch durch Studien bereits belegt, dass diese obendrein nicht den gewünschten Effekt bringen. Sie investieren in Projekte, die unsere Stadt nicht

braucht, oder zumindest nicht in diesen Zeiten braucht. Sie vergesse Teile unserer Bevölkerung und lassen sie links liegen, obwohl gerade hier eine Investition Wunder wirken könnte und sich obendrein zumindest teilweise wieder amortisieren würde. Das ist Politik der Gießkanne, dieses Desaster können wir nicht mittragen und werden daher dem Budget keine Zustimmung geben können, da wir uns von der Bevölkerung gewählt und beauftragt sehen, sehen wir uns auch verpflichtet, diesen Auftrag ernst zu nehmen und für die Grazer Bevölkerung bestmögliche Politik zu machen. Würden wir hier die Zustimmung erteilen, würden wir als Verräter aller Grazer dastehen. Aber da Sie nicht mit unserer Zustimmung ernsthaft rechnen konnten, wird sich Ihre Enttäuschung in Grenzen halten. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 11.25 Uhr den Vorsitz.

B Z Ö

Gemeinderat Gerald G R O S Z

Sehr geehrte Damen und Herern, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Mitglieder der Grazer Stadtregierung!

Jährlich wiederkehrend zum Budget-Mantra. Ich habe mir den Spaß erlaubt, die Protokolle der letzten Sitzung am 11. Dezember 2008 durchzulesen und das heute Gesagte ist de facto deckungsgleich mit dem, was vor einem Jahr gesagt worden ist. Die Personen wurden ausgetauscht, statt Hohensinner heute Topf, aber im Großen und Ganzen ist das dasselbe the same of the year, und auch vom Vortrag her haben wir uns nicht unterschieden, wir haben auch heute einmal mehr wieder bewiesen, dass wir dem Auftrag eines Lesaments nachkommen, aber von Parlament, Stadtparlament, parlare, uns weit entfernen. Ich würde daher in Zukunft vorschlagen, wir ersparen uns überhaupt die Uhr, es tippt jeder seine Reden zu Hause in seiner Küche herunter, schickt sie beim Bürgermeister ein, es wird veröffentlicht, aber dass wir dann hier in freier Rede unsere Eindrücke zum Budget tatsächlich wiedergeben, das bringt doch eigentlich nichts, das erspart dem Protokoll viel Arbeit, auch der Stenographie hier in diesem Haus, die werden kopiert und eingefügt und dann haben wir zumindest in diesem Bereich der Verwaltung, im Bereich der Mitschriften dieses Gemeinderates, eine tatsächliche Einsparung getroffen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich zitiere Kurt Hohensinner, den großen Budgetexperten der steirischen Volkspartei am 11. Dezember 2008, „das Budget ist das Herzstück der gemeinderätlichen Arbeit“. Wenn dieses Budget, Kollege Hohensinner, tatsächlich das Herz ist, durch dass das Blut fließt, dann ist leider Gottes der Patient Stadt Graz an Blutarmut verstorben (*Applaus BZÖ*). Denn dieses Budget, das einmal mehr den Umfang von 942 Millionen Euro ausmacht und einmal mehr den Schuldenstand von 1,1 Milliarde Euro sprengt, das ist ja kein ordentlicher Haushalt, sehr geehrte Damen und Herren. Jeder Haushalt in dieser Stadt, jeder private Haushalt, jede Hausfrau, um es zu gendern, jeder Hausmann, der über sein Geld, über sein privates Vermögen zu verfügen hat und es auch einteilt, ist ja anständiger, ist ja besser, ist ja sparsamer, ist ja transparenter organisiert, als eine

Stadt, die für sich selbst den Anspruch erhebt, die zweitgrößte dieses Landes zu sein und eine Stadt, die für sich selbst den Anspruch erhebt, zumindest für mehr als 255.000 Einwohnerinnen und Einwohner die Verwaltungstätigkeiten und die Daseinsvorsorge zu erledigen.

Sehr geehrte Damen und Herern, Kollege Wohlfahrt von den Grünen. Ich danke herzlich für den Hinweis der Budgetlage in Kärnten und auch die Randbemerkungen zur Hypo. Wir beschließen und diskutieren aber heute nicht den Kärntner Landeshauptmann, auch nicht den niederösterreichischen Landeshaushalt, sondern den Grazer und wer so viel Butter am Kopf hat, sollte nicht bei Sonnenschein vor die Türe gehen, denn es könnte sein, dass diese ganze Butter schmilzt.

Zwischenruf GR. Dr. Wohlfahrt: Letztens hieß es, Kärnten ist Maßstab.

GR. **Grosz:** Aber der Hinweis für Kärnten ist sehr interessant. Wenn ich mir die Quelle Statistik Austria aus dem Jahr 2008 heraussuche, Statistik Austria, unbestritten, dann hat Kärnten eine Pro-Kopf-Verschuldung von 2.368 Euro unbestritten, die Steiermark eine Pro-Kopf-Verschuldung von 2.757 im Jahr 2008 und diese Stadt Graz eine Pro-Kopf-Verschuldung von 4.300 Euro. Es sollte auch für die Mathematiker oder Schwachmatiker in dem Fall,...

Zwischenruf GR. Hohensinner: Was hast du in Mathematik gehabt?

GR. **Grosz:** ...in den Reihen dieses Gemeinderates doch erkennbar sein, dass es hier unterschiedliche Zahlen gibt, die selbst in dieser Situation, wo sich diese Hypo zu einem Kriminalfall entwickelt, nämlich zum ähnlichen Kriminalfall wie die BAWAG,

dass es sogar diesem Bundesland, das jetzt durch den Kakao gezogen wird, durch Sonne, Mond und Sterne geschossen wird, um einiges besser geht. Kärnten Steigerung um 5,14 Punkte, Graz ein Minus von 3,16 Punkte. Nächtigungen Kärnten ein Plus von 13,0, die Steiermark ein Minus von 10,6. Das sollte uns doch zu denken geben. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Kärnten, eines Touristen 4,8 Tage, Steiermark 3,5. Die Unternehmensgründungen Graz und Klagenfurt verglichen, Kollege Frölich, einmal die Bohnen aus Ohrwascheln nehmen und mir kurz zuhören, denn ich zitiere die Wirtschaftskammer Steiermark, sehr geehrter Herr Frölich,...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Er redet nur über Kärnten.

GR. **Grosz:** ...plus 15 %, Steiermark minus 5,7 %. Und ich könnte jetzt dieses Gebets-Mantra, dieses unbestrittene, aus Zahlen des Bundeskanzleramtes der Statistik Austria weiter vollführen, aber es bringt doch nichts. Es bringt doch nichts, dass wir uns an anderen definieren, wenn wir die Verantwortung für das Eigene haben. Es bringt doch nichts, dass wir auf andere blicken und die Schulden der ASFINAG und der ÖBB herziehen, uns selbst im Schuldenturm in der Pleite dieser Stadt sitzen, wie es unverantwortlicherweise dieser Finanzstadtrat gemacht hat. Man orientiert sich nicht am Schlechteren, man orientiert nicht am Schlechteren, sondern man sucht auch in der Politik immer das Bessere. Und, sehr geehrte Damen und Herren, wenn das heute die Konkurs- und Pleitereden der einzelnen Debattenbeiträge von ÖVP und Grünen waren, sich an dem Schlechten von Wien, Niederösterreich und einer Bankenentwicklung in Kärnten zu orientieren, dann wünsche ich Ihnen gute Nacht, dann haben Sie aber Ihre Berufung verfehlt und dann empfehle ich Ihnen eigentlich gleich zurückzutreten und in dieser Stadt wieder den Weg freizumachen für Menschen, die Innovation und Dynamik in die Budgetgestaltung einer Stadt hineinbekommen. Ich habe mir dieses Budget einigermaßen durchgelesen. Die Zahlen, die Eckzahlen sind bekannt, die Eckzahlen sind gesagt. Aber das, was ja sehr interessant ist, dass in den wesentlichen Bereichen das Sozial- und Wirtschaftsentwicklung, und da bin ich, Frau Kollegin

Kahr, mit Ihnen vollkommen d'accord, auch im Sozialbereich, auch mit der Kritik dazu, dass in den wesentlichen Bereichen, der dieser Stadt etwas nutzen würden, eigentlich kaum Akzente in diesem Budget gesetzt worden sind. Die Klein- und Mittelbetriebsstruktur wieder weiterhin einer globalisierten Entwicklung allein überlassen, im Sozialbereich sind zwar linear um die Wirtschaftskrise die Eckzahlen erhöht worden, ohne eigene Akzente zu setzen, um die bestehen Armut zu bekämpfen. Sie verwalten auch in diesem Bereich weiterhin die Armut linear zur Entwicklung in Österreich und Mitteleuropa, ohne dass sie innovativ auf der anderen Seite hergehen und sagen, jawohl, wir wollen in dieser Stadt eigene Armutsbekämpfungsprogramme entwickeln. Das was Sie tun, sehr geehrte Damen und Herren von Grünen und ÖVP, ist, in den sensibelsten Bereichen dieser Stadt weiterhin zu verwalten, statt offensiv auch zu agieren. Die Vision, die Idee ist in diesem Budget nicht vorhanden. Ganz abgesehen davon, schon erwähnt, Klein- und Mittelbetriebsstruktur. Auch in diesem Bereich greifen Sie zu dem einnahmenseitigen Versuch einer Sanierung, indem Sie mit Umweltzonen, indem Sie mit der Anhebung von Gebühren und Abgaben, wo Ihnen mittlerweile schon die Presseaussendungen der Wirtschaftskammer um die Ohren fliegen, hier einen Bereich treffen wollen, nur um in einem anderen Bereich, nämlich ausgabenseitig, ja nicht zu sparen und Ihren Ansatz der ausgabenseitigen Sparerei kennen wir, das ist nämlich der Tagesordnungspunkt nach dem Budget, die Neuordnung des Haus Graz. Ihre Antwort auf diese Entwicklung ist im Haus Graz, in der Graz AG, ein Modellhaus Graz vorzuschlagen, das nicht einmal im Ansatz das Wort einer Reform verdient, sehr geehrte Damen und Herren. Sie sparen bei den Indianern, bei den sogenannten Indianern, die sie tagtäglich verängstigen, wo Sie dann Beruhigungspillen über die Medien hinaus geben müssen, dass im Bereich der Mitarbeiterstände unserer Verwaltung, der Stadt, aber auch der Graz AG sich nichts ändert, aber bei den Häuptlingen greifen Sie nicht hin. Bei den 51 Beteiligungsgesellschaften und ihren Geschäftsführern machen Sie ganz oben kleine kosmetische Korrekturen, anstatt endlich für Qualität und Effizienz zu sorgen bis hin zum Versorgungsfonds oder zum Herrn Versicherungsdirektor Frölich, wo Sie auch nicht endlich einmal hergehen und sagen, da schauen wir, dass wir qualifizierte und anständige Leute endlich in diese einzelnen Bereiche und diese Gesellschaften hineinbekommen, sondern ziehen dieses System, das seit zehn Jahren diese Stadt in den Ruin geführt haben, fort. Sie missbrauchen das Haus Graz, Sie missbrauchen die Graz AG als

Versorgungsparadies für Ihre Politoffiziere, anstatt mit Effizienz, anstatt mit Transparenz, schändlich sogar missbrauchen, Frau Kollegin Ennemoser, schändlichst, denn das was Sie machen, ist nämlich ein Kapitalverbrechen an allen künftigen Generationen in dieser Stadt, auch an allen künftigen politischen Generationen in dieser Stadt, die selbstverständlich in irgendeiner Form ja das ausbaden müssen. Auch jene Generationen, die Sie nach Ihrer politischen Tätigkeit längst überlebt haben, denn im Großen und Ganzen zeigt ja Ihre Politik, dass Sie die Politik in der Stadt überlebt haben, denn es interessiert Sie ja auch nicht mehr, wie sich diese Stadt weiterentwickelt. Hauptsache, es wird einigermaßen und irgendeiner Form das Rädchen halt weitergedreht und der sogenannte Fisch zu Tode gestreichelt, ist eh alles in Ordnung, ist schön. Kollege Wohlfahrt, einer der Besten, es freut mich, wenn in den Zeitungen drinnen steht, dass der Schuldenstand der Stadt Graz explodiert, vielleicht sollten es sich die Zeitungen überlegen, ob sie das jedes Jahr schreiben wollen, das wollen wir ja nicht lesen. Das ist ja überhaupt kein Problem, wir freuen uns über diese Schlagzeilen, wie Graz eigentlich dasteht. Das heißt, auch diese Reform, die notwendig wäre, auch diese Reform, die eine Chance gewesen wäre, selbst die verbocken Sie eindrucksvoll, indem Sie nicht bereit sind, dort zu sparen, wo es wirklich notwendig ist. Sie diskutieren über Gesellschaftsformen und über Eintragungsformen im Firmenbuch, streiten sich über unterschiedliche Kapitalgesellschaften, über mehr oder weniger Einfluss, aber die Wurzel des Übels packen Sie nicht, die Wurzel des Übels mit 51 Beteiligungen und Beteiligungsgesellschaften samt ihrer doppelten Geschäftsführer und dreifachen Geschäftsführer, die sich wie ein goldener Faden durch dieses ganze System ziehen, packen Sie nicht in die Hand. Meine Kritik erneuere ich, auch in diesem Bereich der hauseigenen Verwaltung, auch hier, die Goldfasane, die sogenannten Goldfasane, die sogenannten Häuptlinge gehen frei aus. Die Indianer in den einzelnen Abteilungen werden verängstigt, auch in diesem Bereich und in diesem unmittelbaren Bereich, sehr geehrte Damen und Herren, Dienstpostenplan, heute auf der Tagesordnung, haben wir die Magistratsdirektion, haben wir das Präsidialamt und wir haben das Bürgermeisteramt, grundsätzlich drei Bereiche, die ohnedies dasselbe machen, aber dafür haben wir 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Schauen Sie sich einmal den Budgetposten der Öffentlichkeitsarbeit an, des sogenannten Informationsmanagements und, und, und. In den Bereichen, wo Sie tatsächlich sparen könnten, tun Sie es nicht, aber Sie gehen auf der anderen Seite

her und schließen heute Bezirksämter. Sie zahlen die Gehälter für die Bezirksvorsteher in Zukunft weiterhin brav aus, Sie leisten sich die Struktur der Bezirksräte, Sie leisten sich, trotz gegenteiliger Ankündigung, die 56 Gemeinderäte und Sie leisten sich trotz der Budgetreden aus dem Jahr 2008 nach wie vor neun Regierungsmitglieder, Sie lassen diesen demokratischen Apparat samt seiner Parteienförderungen unverändert, aber die Bezirksämter sperren Sie zu. Das ist nämlich die Unehrllichkeit in diesem ganzen Budget. Statt eine Politikreform der aufgeblähten Apparate endlich in dieser Stadt durchzuführen, gehen Sie her und schränken die Serviceleistungen der Grazerinnen und Grazer ein und, Kollege Frölich, zu dem Doppelbezieher. Wer so wenig Qualifikation hat und so hohe Ämter ausführt, sollte sich als Protegé dieser Stadt und einer Partei ja nicht in die Privatwirtschaft trauen, sonst könnte das nämlich ein ganz ein trauriges Ende nehmen, und das meine ich nicht nur wirtschaftlich (*Applaus BZÖ*), aber auch selbst das ist ja schon mehrmals bewiesen worden, ansonsten wäre er ja auch nicht dort, wo er ist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube daher, es ist notwendig, eine Reform auch in diesem Bereich durchzuführen. Ich glaube, es ist notwendig, dass, wenn wir dieser Stadt und den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln, dass uns an diesem Sparen etwas liegt, dass wir selbstverständlich an uns selbst zu beginnen haben zu sparen. Der gute Mann geht immer mit gutem Beispiel voran und ich frage mich, warum die Politik weiterhin in den Abgrund geht und sich wundert, dass die Finanzpolitik in diesem Jahr, Jahr für Jahr immer schlechter wird. Wir werden selbstverständlich bei diesem Humbug, der sich Budget nennt, nicht mitmachen, denn dieses Budget widerspricht ja den einfachsten Grundsätzen einer Haushaltsgestaltung, wie ich schon eingangs erwähnt habe. Und ich glaube auch, dass dieses Budget nicht nur grob fahrlässig ist, sondern schändlichst vorsätzlich. Wider besseres Wissen, wider besseres Wissen in einer Finanz- und Wirtschaftssituation beschließen Sie heute einmal mehr die Weiterführung in den berühmt berüchtigten Untergang. Sie freuen sich wie Kleinkinder über 1,1 Milliarden Euro, ohne auch eine Verantwortung für das Gesamte zu haben, nämlich das Gesamte das Land Steiermark mit 1,57 Milliarden Euro. Mit dieser Nummer, mit dieser finanzpolitischen Nummer führen Sie dieses Bundesland an die Drei-Milliarden-Euro-Grenze, mit dem einzigen Unterschied,...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz:** ...dieses Land Steiermark führen Sie an die drei Milliarden, denken Sie an die 1,57, Herr Budgetexperte Hagenauer, denken Sie an die 1,1, die wir heute beschließen und denken Sie an den höchsten Verschuldensstand der steirischen Gemeinden, denken Sie an Fohnsdorf, denken Sie an Trieben, denken Sie an Hartberg und daher will ich nicht, dass die Landeshauptstadt hier der Kronstein dieser Wirtschaftsentwicklung im negativen Sinne wird. Ich glaube, dass wir verantwortungsvoll vorzugehen haben, ich glaube, dass wir in unserem Bereich ausgabenseitig sparen müssen, ich glaube, dass wir in jenen Bereichen auch den Sparstift, um nicht zu sagen die Motorsäge, ansetzen müssen, wo es notwendig ist. Ich glaube, dass wir in den Headquarter-Bereichen dieser Stadt genügend Einsparungspotentiale lukrieren könnten. Ich halte aber nichts davon von Ihrer Politik, die nicht zuletzt darin geendet hat, wie vor einigen Tagen mit diesem Streik in der Stadt Graz. Weder die Bevölkerung hat Verständnis dafür, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GVB von den Sozialdemokraten in parteipolitischer Geiselhaft gehalten werden, noch die Grazerinnen und Grazer haben dafür Verständnis, dass Sie eine Reform vorlegen, wo Sie die Gesellschaftsform ändern, aber die wesentlichen Bereiche nicht in Angriff nehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Ich glaube, dass dieses Budget nicht einmal den Grundsätzen der ökosozialen Marktwirtschaft entspricht, ich glaube, dass dieses Budget fahrlässig ist, ich glaube, dass dieses Budget vorsätzlich ist und ich glaube, dass dieses Budget im Zusammenhang mit den Entwicklungen der Graz AG eine Katastrophe, eine Weiterführung der Katastrophe dieser Wirtschaftsentwicklung der Stadt einleitet. Ich ersuche Sie daher wirklich eindringlich, sich das noch einmal zu überlegen und auch Ihr eigenes Stimmverhalten abzuwenden, denn Sie haben es tatsächlich in der Hand, wie sich die Zukunft dieser Stadt entwickelt. Ich danke Ihnen (*Applaus BZÖ*).